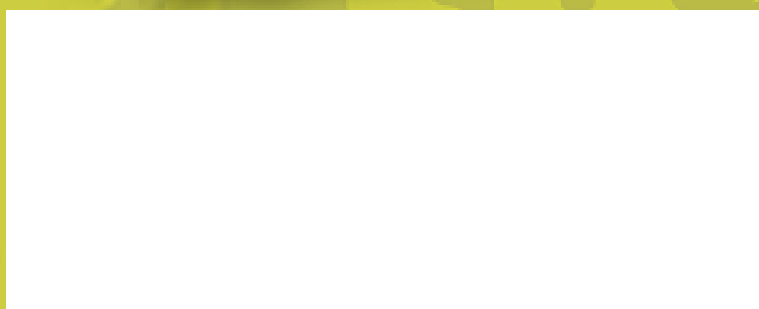


souverän

Demographischer Wandel:

Wir müssen handeln,
um die tickende

Zeitbombe
zu entschärfen



Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

- ▶ **Stimmbandprobleme:** Alles über die Ursachen und wirksame Hilfe
- ▶ **Diagnose Krebs:** Warum die Apotheken-Betreuung so wichtig ist
- ▶ **Verletzungsfrei sporteln:** Mit welchen Maßnahmen Sie vorbeugen
- ▶ **App „Apothekenvor Ort“:** Wie Sie Ihre Medikamente ganz bequem vorbestellen können
- ▶ **Schöne Hände:** Experten-Tipps zu Pflege, Maniküre & Co.

Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.



www.apotheken-umschau.de

Ich freue mich, dass Sie bei der CDU sind, und hoffe, dass Sie bei der CDU bleiben.

Was Wahlrechtsreformen so alles bewirken können!

Dazu bietet der Ausgang der Niedersachsenwahl ein beredtes Beispiel. Was ist geschehen? Unter maßgeblicher Federführung der CDU im niedersächsischen Landtag fand in den 80er Jahren eine neue Berechnungsmethode ihren Platz. Das damals geltende Hare/Niemeyer-Verfahren wurde ersetzt durch ein von dem belgischen Wissenschaftler Victor D'Hondt entwickeltes Wahlrechtsverfahren. Die CDU wird dafür ihre Gründe gehabt haben. Doch unter heutiger Sicht betrachtet, wäre Schwarz-Gelb im Landtag von Niedersachsen mit einer Stimme Mehrheit vor Rot-Grün gelandet, wenn die CDU es bei dem vormals geltenden Hare/Niemeyer-Verfahren belassen hätte. Dann nämlich wäre das alles entscheidende Ausgleichsmandat nicht an die SPD gefallen, sondern an die FDP.

Doch lassen wir uns in der Union von solchen Gedankenspielerien nicht weiter aufhalten, wenn es gilt, die Schlappe wieder wettzumachen. Festzustellen bleibt eins: Die CDU kann kämpfen, sie hat Stärke gezeigt und hat es mit David MacAllister bewiesen. Innerhalb von wenigen Monaten hat sie es in der Regierungskoalition fertiggebracht, einen 17-Prozent-Vorsprung von Rot-Grün zu egalisieren. Am Ende fehlte ihr zur Mehrheit ein Bruchteil von einem Prozent. Natürlich konnten die Parteien keine Stimmen verteilen, der Wähler hat nun einmal so entschieden, wie er es wollte. Aber Tatsache ist auch, und daran beißt die Maus keinen Faden ab: Die Liberalen verdanken ihr gutes Ergebnis den Leihstimmen von CDU-nahen Wählern. Für etwa 80 Prozent der FDP-Wähler war die bevorzugte Partei eigentlich die CDU. Gewiss, zum Schluss hat es immer noch nicht gereicht für eine Mehrheit von Schwarz-Gelb. Aber die Frage darf wohl gestellt werden: Hätten diese CDU-nahen Wähler nicht doch mit beiden Stimmen die CDU gewählt, wenn sie sich sicher gewesen wären, die FDP hätte aus eigener Kraft die 5-Prozent-Hürde übersprungen? Doch das über Monate dauernde, die Bürger nervende Gezänk der FDP-Spitze und ihre oft ätzende Stänkerei untereinander haben ihre angestammte liberale Gefolgschaft vergrault. Sie muss sich, will sie zukünftig Erfolg haben, dieser Klientel mit einer geschlossenen Führung wieder glaubhaft und überzeugend widmen. Mit Mitleid wird sie ihre politischen Ziele auf die Dauer nicht erreichen.

Für die CDU dagegen kann das Niedersachsen-Ergebnis nur eine Folge haben: Sie muss ihren Wählern unzweideutig klarmachen, wohin Stimmentsplitting führen kann. Dadurch wird eine Koalition nicht automatisch stärker. Die Koalition braucht vielmehr die Mehrheit der Wähler, und die erreicht Schwarz-Gelb nur, wenn jeder Partner seine eigenen Möglichkeiten voll ausschöpft. Wahlen gewinnt man nur, wenn man dem politischen Gegner die fehlenden Stimmen abtrotzt. Der Austausch von Wählerstimmen in einer Koalition der Minderheit bringt außer viel Ärger noch zusätzlichen Unmut, nämlich den über eine verlorene Wahl!

Für die Bundestagswahl ist durch die Wahl in Niedersachsen noch gar nichts entschieden, das wissen auch Rot und Grün. Und wir in der Union wissen das auch. Umso mehr müssen wir uns jetzt auf den alten Kampfgeist besinnen, der der Union zu eigen ist. Wir haben schon ganz andere Wahlen verloren und den Spieß wieder umgedreht. Kein Land in Europa kann trotz der weltweiten Finanzkrise solche Erfolge aufweisen wie Deutschland. Seine wirtschaftliche Stärke, seine Beschäfti-

gungszahlen, seine solide soziale Situation sind beispielhaft für Europa und darüber hinaus. An

der Spitze der Regierung steht eine Kanzlerin, die weltweit höchstes Ansehen genießt. Wieso drängen seit 2010 so ungemein viele – wohl-gemerkt junge und hochqualifizierte Arbeitnehmer – aus allen europäischen Ländern nach Deutschland? Weil dieses Land eine Zukunft bietet, die ihnen ihre Heimatländer nicht geben können. Wenn die wirkliche Lage besser ist als die Stimmung, die die Opposition verbreitet, und die eine pessimistische Grundhaltung in der Bevölkerung zur Stärkung ihrer eigenen Position erzeugen möchte, so muss die Union umso mehr dem Bürger Vertrauen und Zuwendung entgegenbringen, ganz gewiss aber mehr Gehör. So werden die Menschen erreicht und mitgenommen, vor allem aber motiviert. Wir wollen uns nicht verschancen in endlosen Diskussionen in Gremien, in Ausschüssen, Kommissionen, unterschiedlichsten Vorständen und Fachgruppen, aus denen nur Mitteilungen und Kommentare an die Öffentlichkeit gerichtet werden, die bei keinem Bürger ankommen. Wir haben Chancen, viele Chancen und wollen sie nutzen.

Die CDU ist die erfolgreichste nationale Volkspartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Wer wüsste das mehr als die Seniorinnen und Senioren. Wahlniederlagen sind, das wissen sie alle, kein Anlass zum endlosen Jammern. Im Gegenteil, sie können Aufbruchstimmung erzeugen und neue Kräfte wecken. Beispiele dafür gibt es in der Geschichte unserer Partei gottlob genug.

Die Bürger müssen spüren, dass wir in der CDU mitten im politischen Gedränge genügend Mut beweisen, unsere Positionen glaubwürdig zu vertreten und uns als Kümmerer zu empfehlen. Es ist nun einmal so und nicht anders: Präsenz und Bürgernähe, gebündelt mit einem gerüttelt' Maß an Humor in der wahlkämpferischen Auseinandersetzung, sind Grundlagen zum Erfolg. In der Union sollten solche Selbstverständlichkeiten die Regel sein. Nichts, überhaupt nichts, hindert uns daran, es wieder neu zu versuchen. Wer hingegen hinter vorgehaltener Hand Selbstzweifel an seiner Politik erkennen lässt und mit ihnen seine Argumente unterläuft, der handelt unglaublich und taugt nicht zum Regieren, selbst wenn er es will.

Senioren-Union und Junge Union wollen in den kommenden Wahlen ein aufmunterndes und erfrischendes Beispiel für die Diskussion in der Öffentlichkeit geben. Alle Altersstufen der Union müssen dieses Ziel vor Augen haben. Mit besseren Argumenten, mit noch mehr Elan, mit noch mehr Engagement, mit mehr Emotionalität, mit mehr Freude und Mut und mit mehr Vertrauen auf unsere eigene Kraft werden wir es schaffen. Die Senioren-Union ist davon überzeugt.

Ich freue mich auf die nächsten Wahlkämpfe, und freuen Sie sich mit mir!

*Mit freundlichen Grüßen
Hr. Otto Wulff*

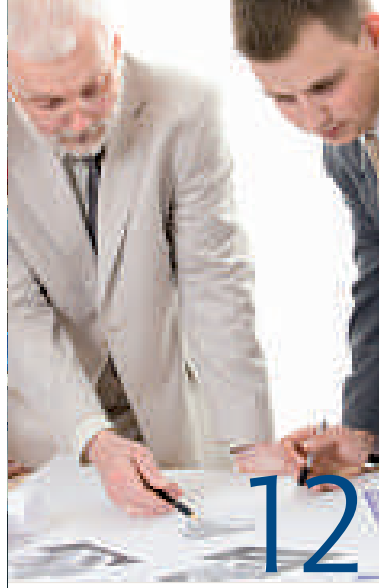
Prof. Dr. Otto Wulff

Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands





Senioren-Union auf dem Bundesparteitag



**Titelthema:
Demographischer Wandel und Altersgrenze**



Die Europäische Zentralbank und das Geldmengenwachstum

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Georg Weiss
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über personali-
sierten Posteinzelvertrieb, davon
58000 an Senioren-Union-Mitglie-
der und 12800 an CDU-Funktions-
und Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Jan Christian Janssen,
Prof. Dr. Ursula Lehr, Mechthild
Löhr, Leonhard Kuckart, Bernhard
Mihm, Dr. Heinz-Dieter Mundorf,
Fabian Schalt, Prof. Dr. Stefan
Siedentop, Reinhold Uhlenbrock,
Prof. Dr. Wolfgang Freiherr
von Stetten, Prof. Dr. Volker
Wieland, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
Roland Rochlitzer,
Ute Meurer, fotolia

Titelfoto: fotolia

6 Treffpunkt und mehr ...

Die Senioren-Union auf dem 25.
CDU-Bundesparteitag in Hannover

8 „Nicht fürs Bücherregal, sondern fürs pralle Leben“

Interview mit CDU-Generalsekretär
Hermann Gröhe

10 Lebensleistung muss sich lohnen

Ein Vorstoß der Senioren-Union NRW
in Sachen Rentenregelungen

12 Starre Altersgrenzen abschaffen!

Warum eine zukunftsgerichtete Politik
den demographischen Wandel stärker
im Blick haben muss

14 Die Kanzlerin gratulierte als Erste

Zum 80. Geburtstag von
Prof. Dr. Otto Wulff, Bundes-
vorsitzender der Senioren-Union

15 Altersgrenzen sind Alters-

diskriminierung! Ein Meinungsbeitrag
von Leonhard Kuckart, stv. Bundesvor-
sitzender und Landesvorsitzender der
Senioren-Union NRW

16 Probleme, Fragen, Perspektiven

Ein Beitrag von Prof. Dr. Wolfgang
Freiherr von Stetten, stv. Bundesvorsit-
zender und Landesvorsitzender der
Senioren-Union Baden-Württemberg,
zur Pflegesituation in Deutschland.

18 Der gefährliche neue Paragraph 217

Mechthild Löhr, Bundesvorsitzende der
Christdemokraten für das Leben (CDL),
zur aktuellen Diskussion um die
Sterbehilfe

22 Im Aufwind

Der Rheinisch-Bergische Kreis könnte
ein Modellprojekt werden für die
Initiierung nachberuflicher Tätigkeiten

23 Stärkere Interessenvertretung gewünscht

Ergebnisse einer aktuellen Altersstudie

24 Beispiellose Pannen bei der Rentenbesteuerung

24 Kolumne: Notizen aus der Geschäfts-
stelle von SU-Bundesgeschäftsführer
Jan Christian Janssen

28 Die Notenbanken und das

liebe Geld Pumpet die EZB zu viel Geld
in die Märkte? Ein Beitrag von Prof.
Volker Wieland, Universität Frankfurt

30 Einwanderung ist kein Testbetrieb für das Sozialsystem

Ein Interview
mit dem Berliner Bezirksbürgermeister
Heinz Buschkowsky

32 Von der Notwendigkeit eines Politikwechsels

Prof. Dr. Stefan
Siedentop von der Universität Stuttgart
zur Versorgungssituation und Zukunfts-
fähigkeit des ländlichen Raums

34 Nachrichten und Hintergründe aus der ESU

36 Vom Ehegatten- zum Familien-

splitting? Was aus dem Grundgesetz
für die Unterstützung bzw. Institutiona-
lisierung von Partnerschaften folgt ...

39 Leserbrief, Buchtipp

Gesund und fit – auch im Alter

Weitere Themen:

- ▶ **Kriminalität:** Wie Sie sich vor Einbruch, Diebstahl und Trickbetrügern schützen
- ▶ **Pflegefrage:** Wann Sie Anspruch auf ein Einzelzimmer im Pflegeheim haben
- ▶ **Lebenselixier Wasser:** Warum Sie genug trinken sollten
- ▶ **Partnermassage:** Mit welchen Übungen Sie Verspannungen lösen
- ▶ **Endlich Oma und Opa:** Wertvolle Tipps für eine besondere Beziehung

Jeden Monat neu
in Ihrer Apotheke.



www.senioren-ratgeber.de



„So macht Volkspartei richtig Freude“, zog CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe unmittelbar nach Ende des 25. Bundesparteitages in den Messehallen von Hannover Bilanz.



Senioren-Union auf dem 25. CDU-Bundesparteitag:

Vertraten die Positionen der SU: Rolf Berend (SU Thüringen/lks.) und Reinhold Uhlenbrock (SU NRW)

Treffpunkt und mehr ...



Bundesfamilien- und -seniorenministerin Kristina Schröder mit Mitarbeiterinnen der SU-Bundesgeschäftsstelle



Lobender Blick für die Souverän: Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen, Prof. Dr. Otto Wulff und stv. Bundes- wie auch SU-Landesvorsitzender Leonhard Kuckart (3.v.l.)



Bewährtes Gespann, gelebte „Union der Generationen“: SU-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff und Philipp Mißfelder, Chef der Jungen Union Deutschlands.



Das Team der SU-Bundesgeschäftsstelle mit Sponsoren und Werbepartnern am SU-Stand



Und in der Tat: Unter dem Motto: „Starkes Deutschland. Chancen für alle.“ erlebten Delegierte, Gäste und Medienvertreter vom 3. bis 5. Dezember 2012 ereignisreiche und interessante Tage in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Wieder einmal gelang es der Senioren-Union, eine überwältigende Zahl von Teilnehmern an den rund 200 Quadratmeter großen Stand zu locken, der als Anlaufstelle zum Netzwerken und Fachsimpeln erneut im Mittelpunkt stand. Ganz besonders erfreulich für die Senioren-Union: Mit 81,53 Prozent schaffte es ihr Bundesvorsitzender, Prof. Dr. Otto Wulff, zum achten Mal in Folge mit einem überwältigenden Ergebnis in den Bundesvorstand der CDU gewählt zu werden. Vor den Delegierten und Gästen hielt er eine mitreißende Rede und erzielte das viertbeste Wahlergebnis unter den 26 Bewerbern. Auch inhaltlich hatte die Senioren-Union einiges zu bieten, trug sie doch mit mehreren Anträgen zur intensiven Diskussion auf dem Parteitag bei. ■



Musik lag in der Luft: gute Stimmung schon beim Eintritt in die Messehallen



Weiß um den Stellenwert ihrer Senioren für künftige Wahlsiege: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Herzliches Shakehand: Julia Klöckner, stv. CDU-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, und Leonhard Kuckart.

Fachgespräche: Bundesfamilien- und -seniorenministerin Dr. Kristina Schröder und Prof. Dr. Otto Wulff



Volker Bouffier, Hessens Ministerpräsident, Heinz Soth, Bundesschatzmeister der SU, und Alfons Gerling, stv. Bundesvorsitzender der SU



Kanzleramtsminister Ronald Pofalla im Gespräch mit dem SU-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff



Gruppenbild mit Damen: Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (4.v.l.) und Rheinland-Pfalz' SU-Vorsitzende Helga Hammer



Angeregte Debatte: Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin von Thüringen, und Leonhard Kuckart, stv. Bundes- sowie Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union

Interview:

„Nicht fürs Bücherregal, sondern fürs pralle Leben“

Mit welchem Wertefundament die CDU ins Bundestagswahljahr 2013 geht und welchen Stellenwert das Miteinander der Generationen hat. **Drei Fragen an den Generalsekretär der CDU, Hermann Gröhe.**

Souverän: „Grundsatztreue und Lebensnähe brauchen einander“ – der Satz stammt von Ihnen. Wieso ist die CDU die beste Alternative für Deutschland und Europa?

Gröhe: Die CDU hat immer dann Verantwortung getragen, wenn entscheidende Weichenstellungen in unserem Land vorgenommen worden sind: Konrad Adenauer steht für die Westintegration und zusammen mit Ludwig Erhard für das Wirtschaftswunder, Helmut Kohl für die Deutsche Einheit. Jetzt geht es darum, unter der Führung von Angela Merkel die europäische Staatsschuldenkrise zu überwinden und unser Land fit für die Zukunft zu machen. Dabei hat uns stets geholfen, dass wir auf einem klaren Wertefundament stehen. Das christliche Menschenbild ist unser Kompass. Diese Werte sind aber nicht fürs Bücherregal, sondern fürs pralle Leben. Deshalb müssen wir uns immer wieder die Frage stellen, wie wir mit unseren Prinzipien auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Bislang haben wir da stets gute Antworten gefunden. Wir ruhen uns aber nicht auf den bisherigen Erfolgen aus, sondern wir wollen darauf aufbauen. Es gilt, die gute wirtschaftliche Entwicklung der zurückliegenden Jahre weiter zu verstetigen. Dazu gehört, dass wir neben unseren bisherigen Schwerpunkten – Familie, Bildung und Forschung – noch verstärkt den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur in Angriff nehmen. Das gilt für Straße, Schiene und Breitbandkabel gleicherma-

ßen. Weitere Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode sind die Energiewende und der demographische Wandel. Wir wollen, dass Deutschland ein lebenswertes Land für alle Menschen bleibt.

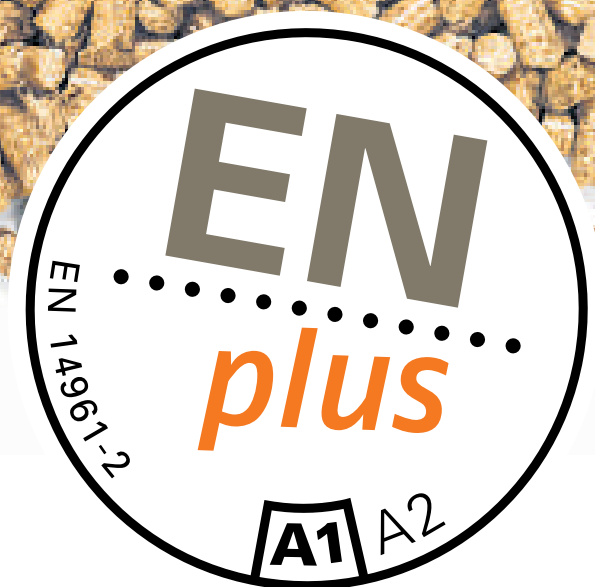
Herr Gröhe, wir haben im September Bundestagswahl, welche Bedeutung kommt den lebenserfahrenen Menschen in unserer Gesellschaft dabei zu?

Unser klares Wahlziel ist, dass Angela Merkel ihre erfolgreiche Arbeit für Deutschland und Europa fortsetzen kann. Und dabei setzen wir natürlich sehr stark auf die Ideen und die Unterstützung der Seniorinnen und Senioren. Nur wenn wir viele von ihnen mit unseren Vorhaben überzeugen, können wir unser Wahlziel erreichen. Gerade auch die ältere Generation hat von den Erfolgen der christlich-liberalen Koalition profitiert: Die gute wirtschaftliche Lage und die steigenden Löhne wirken sich positiv auf die Rentenzahlen aus. Der Bundesfreiwilligendienst ist gerade auch für Ältere eine neue Möglichkeit, sich aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen zu können. Und wir haben wichtige Verbesserungen in der Pflegeversicherung für Demenzerkrankte und deren Angehörige erreicht. Wir wollen im Wahlkampf aber nicht nur über diese Erfolge sprechen, sondern deutlich machen, dass wir auch in den kommenden vier Jahren die richtigen Entscheidungen für Deutschland treffen. Dabei zählen wir auf die engagierte Unterstützung

durch die Senioren-Union. Deren Kampfgeist ist in der Wahlauseinandersetzung Gold wert!

Hand aufs Herz, was schätzen Sie an der „Generation Erfahrung“ am meisten?

Genau das: die Erfahrung. Es tut unserer Gesellschaft insgesamt gut, wenn wir den reichen Erfahrungsschatz der Seniorinnen und Senioren noch stärker nutzen. Gerade auch in der Wirtschaft sind die Erfahrung, der Sachverstand, das Können der älteren Menschen wieder gefragt. Wie sagt doch der Volksmund: „Neue Besen kehren gut – aber die alten kennen die Ecken besser.“ Außerdem schätze ich an der heutigen Rentnergeneration sehr ihren Wunsch, sich einzubringen. Vielen Seniorinnen und Senioren geht es nicht nur darum, ihren wohlverdienten Ruhestand zu genießen. Sie wollen sich weiter aktiv einmischen und ihr Umfeld beispielsweise durch ehrenamtliches Engagement gestalten. Sie wollen daran mitarbeiten, dass ihre Enkel in einem lebenswerten Land aufwachsen können. Dieses Miteinander der Generationen ist für Deutschland – gerade angesichts der demographischen Herausforderungen – von unschätzbarem Wert. So fördert zum Beispiel die Bürgerstiftung in meiner Heimatstadt Neuss die Begleitung von Schülerinnen und Schülern durch aktive Senioren. Die liebevoll „Schul-Opas“ genannten Senioren helfen den Jungen beim Weg in eine gute Berufsausbildung. ■



.....
Achten Sie beim Pelletkauf
auf das EN*plus*-Zeichen.
.....

2 heiÙe Tipps



.....
Lassen Sie sich die Heizung
von einem Fachbetrieb Pellets
und Biomasse installieren.
.....

Alles rund ums
Heizen mit Pellets



www.enplus-pellets.de
www.pelletfachbetrieb.de

 **DEPI** DEUTSCHES
PELLETINSTITUT

Lebensleistung muss sich lohnen

Auch wenn Finanzpolitiker es nicht gerne hören, im Dickicht der Rentenregelungen gibt es weiterhin Nachbesserungsbedarf. Hier ein Vorschlag der nordrhein-westfälischen Senioren-Union.

Es ist eigentlich unstrittig: Die Berücksichtigung von Erziehungszeiten von Kindern, die vor 1992 geboren sind, harrt weiterhin einer Regelung, die finanziell machbar ist. Im Antrag C79 auf dem 25. Bundesparteitag der CDU in Hannover hat es der Bundesvorstand der Partei im Kapitel Kindererziehungszeiten ja selbst so formuliert: „Wir wollen die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, verbessern. Dabei können wir im Hinblick auf die Notwendigkeit der weiteren Haushaltskonsolidierung nur schrittweise vorgehen.“ Damit ein Einstieg gefunden wird, schlägt die Senioren-Union NRW Folgendes vor: Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, erhalten für das erste Kind einen Rentenanteils punkt zugesprochen, der in der Summe den Betrag von 10 Euro ausmacht. Für das zweite Kind soll diese Summe 15 Euro betragen, für das dritte Kind 20 Euro und für jedes weitere 25 Euro. Da der Antrag C79 weiterhin Beschlusslage der Partei ist, erwartet die Senioren-Union eine Aussage der CDU-Verantwortlichen zu dem hier dargelegten konkreten Vorschlag.

Teil des Antrages C79 war auch, dass Lebensleistung sich im hohen Alter lohnen muss. Dazu wurde in der Vorlage für den 25. Bundesparteitag ausführlich Stellung genommen. Zitat: „Dies bedeutet konkret, dass wir die Beitragszeiten für diejenigen, die Kinder erzogen und/oder Pflegeleistungen erbracht haben, für Menschen mit geringem Einkommen und für Erwerbsgeminderte höher bewerten. Voraussetzung für die Höherbewertung ist, dass 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt und privat vorgesorgt wurde. Dabei werden wie schon heute Pflegezeiten, Kindererzie-

hungszeiten und Kinderberücksichtigungszeiten als Beitragszeiten gewertet. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen oder/und Angehörige gepflegt haben, wollen wir in besonderem Maße honorieren. Wir brauchen klare Eingangsbedingungen, damit wir gezielt diejenigen erreichen, die die Unterstützung wirklich brauchen. Wir brauchen außerdem kluge Übergangsregelungen, die insbesondere die Biographie der Menschen in den neuen Ländern berücksichtigen. Wir wollen dafür sorgen, dass sich Lebensleistung, private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnt und durch Freibeträge im Alter erhalten bleiben.“ Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Senioren-Union einige Fragen:

- Was geschieht mit Menschen, die nur 39 Jahre oder weniger eingezahlt haben?
- Und was geschieht mit Menschen, die eben nicht privat vorsorgen konnten?

Auch diese Menschen haben oftmals eine Lebensleistung erbracht, die schon aus Gerechtigkeitsgründen anerkannt werden muss. Nun fängt natürlich die Grundsicherung diese Menschen auf, aber diese Grundsicherung erhalten auch Menschen, die die Lebensleistung – aus welchen Gründen auch immer – nicht erbracht haben oder nicht erbringen konnten. Vor diesem Hintergrund schlägt die Senioren-Union vor: Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit einer Erwerbsminderungsrente oder mit einem rentenähnlichen Einkommen, die trotzdem auf Grundsicherung angewiesen sind, werden die ersten 100 Euro Einkommen bei der Gewährung von Grundsicherung nicht angerechnet. Diesen Menschen werden weiterhin von dem darüberliegenden Einkommen 20 Prozent nicht angerechnet.

Konkrete Vorschläge, konkrete Frage: Wie steht die CDU dazu? Die Senioren-Union erwartet noch vor der Bundestagswahl eine entsprechende Aussage, um diese ggf. auch in den Wahlkampf der Senioren-Union einbringen zu können. Der Bundesvorstand der Senioren-Union hat deshalb auf seiner Vorstandssitzung im Januar in Berlin beschlossen, diese Anträge beim Fachausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales der CDU einzureichen. ■

Rentenpapier der Senioren-Union

Die vollständige Position der Senioren-Union zum Thema Rente kann bei der Bundesgeschäftsstelle der SU in Berlin, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-445, Fax (030) 22070-449, angefordert werden.

Der Autor:
Reinhold Uhlenbrock
ist Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union.



VPV Privathaftpflicht-55-Plus bereits ab 44 € jährlich!

Strapazieren Sie Ihr Glück nicht zu sehr

Aktiv, lebensfroh ... nur einmal unachtsam. Das kann reichen, dass andere Ansprüche an Sie stellen. Die Regulierung kann Sie viel Geld kosten. Insbesondere bei Personenschäden. Überlassen Sie das der VPV! Mit der *VPV Privathaftpflicht-55-Plus* sind Sie auf der sicheren Seite. Vereinbaren Sie einfach ein Beratungsgespräch oder informieren Sie sich unter www.vpv.de



Der Vorsorgeberater seit 1827

VPV Privathaftpflicht-55-Plus

Gleich ausfüllen und an uns zurücksenden oder per Fax an **07 11/13 91-6001**. Sie erreichen uns auch telefonisch unter **07 11/13 91-61 25**

☐ Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Termin.

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

VPV ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AG
Kundenservice
Postfach 31 17 55
70477 Stuttgart

☐ Ich bin damit einverstanden, dass mich die VPV zur Kontaktaufnahme zwecks eines Beratungsgesprächs zum Thema „Privathaftpflicht“ anrufen oder per E-Mail anschreiben darf. Diese Einwilligung kann jederzeit über die VPV Lebensversicherungs-AG, Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart oder per E-Mail an: info@vpv.de widerrufen werden.



Demographischer Wandel

Eine zukunftsgerichtete Politik muss den demographischen Wandel weit stärker im Blick haben.

Starre Altersgrenzen abschaffen!

Der demographische Wandel, von der Wissenschaft bereits seit über vier Jahrzehnten thematisiert, ist in der Politik seit Ende der 1980er Jahre zum Thema geworden (der erste Altenbericht wurde im Februar 1989 in Auftrag gegeben). 1991 setzte der Deutsche Bundestag eine Enquetekommission „Demographischer Wandel“ ein, die bis 2002 tätig war und mehrere Berichte vorgelegt hat. Geschehen ist wenig, bis Angela Merkel im Jahr 2011 den demographischen Wandel, die enorme Veränderung im Bevölkerungsaufbau, zur Chefsache machte.

Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich in den letzten 120 Jahren verdoppelt und wird weiterhin steigen. Gleichzeitig hat die Zahl der Geburten erheblich abgenommen und wird weiter abnehmen, – auch, da nicht geborene Mütter nun einmal keine Kinder bekommen werden.

So wird – laut Bertelsmann-Demographie-Atlas – die Gruppe der 25 - 45-Jährigen (die Altersstufen, in denen Familien gegründet werden) in allen 16 Bundesländern zwischen 2009 und 2030 erheblich abnehmen – in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern um mehr als

30% (siehe Tabelle). Hingegen wird die Gruppe der 80-Jährigen und Älteren im gleichen Zeitraum erheblich zunehmen, in elf unserer Bundesländer sich gar mehr als verdoppeln. Besonders deutlich wird der demographische Wandel, die Veränderung im Bevölkerungsaufbau, wenn man Folgendes realisiert: Das Verhältnis zwischen Jung und Alt hat sich zunächst einmal unter quantitativen Aspekten verändert. Kamen vor 100 Jahren auf einen über 75-Jährigen noch 79 jüngere Personen, so sind es heute nur noch 9,8. Im Jahr 2040 werden einem über 75-Jährigen nur noch 4,4 Personen gegenüberstehen, die jünger als 75 Jahre sind (vgl. Grafik).

Wenn wir diese Entwicklung vor Augen haben, dann sind auch die Gesellschaft, die Kommune – aber auch die Wirtschaft und Industrie – gefordert. 75-Jährige sind noch längst nicht pflegebedürftig, aber gewisse Einschränkungen – in der Mobilität, in der Sensorik, in der Sensibilität und dergleichen – werden häufiger. Und hier trägt oft die dingliche Umwelt dazu bei, den Lebensraum einzugrenzen. So haben wir z.B. Konzepte der Stadtentwicklung zu überdenken (von der Verkehrsführung bis hin zu Sportstätten und Sportmöglichkeiten

für Ältere, der Erreichbarkeit von Arztpraxen, Poststellen und Supermärkten). Manch ein Älterer ist durchaus noch fähig, sicher Auto zu fahren – auch wenn ihm das Zuluftgehen größere Schwierigkeiten bereitet. Hier spielen sowohl der Öffentliche Nahverkehr als auch die Parkplatzfrage eine ganz große Rolle; Garagen ohne mühsames Treppensteigen sind sowohl für Ältere als auch für Kinderwagen notwendig! Manch einer geht nicht in die Innenstädte einkaufen, weil dieses Problem nicht gelöst ist. Wohnungsplanung und Wohnausstattung haben auf die veränderte Bevölkerungsstruktur Rücksicht zu nehmen.

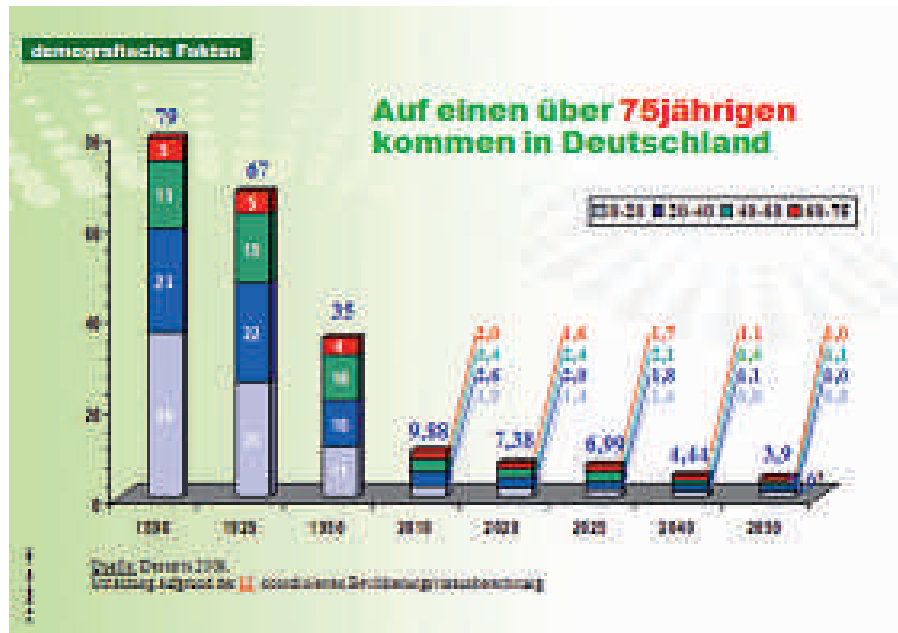
Eine zukunftsgerichtete Politik muss den demographischen Wandel weit stärker im Blick haben. Was muss getan werden, um junge Menschen zur Familiengründung zu ermutigen, um die Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen, zu fördern? Das ist die eine Frage und Herausforderung. Und was muss getan werden, um bei der zunehmenden Langlebigkeit ein möglichst kompetentes und gesundes Älterwerden und Altsein zu sichern? Die Wissenschaft hat bereits seit einem halben Jahrhundert nachgewiesen, dass Altern nicht generell Abbau und Verlust bedeuten muss, dass Alternsprozesse durchaus zu beeinflussen

sind durch Prävention, durch einen möglichst gesunden Lebensstil (gesunde Ernährung, körperliche und geistige Aktivität und durch die Pflege sozialer Kontakte). Sehr bedeutsam ist auch eine bestmögliche lebenslange Bildung.

Neben einer Vielzahl von möglicherweise beeinflussenden Variablen tritt die Anzahl der Lebensjahre als Kriterium für Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltens- und Erlebnisweisen weitgehend zurück. Der 6. Altenbericht der Bundesregierung (2010) hat dies noch einmal deutlich gemacht und auf die vielen Alternsformen hingewiesen. Danach wird deutlich: Es gibt keine Altersnormen! Das heißt mit anderen Worten: Das Lebensalter, die Anzahl der Lebensjahre, kann kein Kriterium für gesetzliche Altersgrenzen sein.

Der 6. Altenbericht analysiert die „Altersbilder“, wie sie in der Arbeitswelt, in der Medizin, in der Rechtsprechung, in der Politik, in Religion und Kirche zu finden sind, und kommt zu dem Ergebnis, dass „negative“, von Abbau und Verlust gekennzeichnete Altersbilder vorherrschen. Eine ausschließliche Deutung des Alters als eines Lebensabschnitts, der einer besonderen Sorge und eines besonderen Schutzes bedarf, entspricht nicht der Vielfalt der Alternsformen. „Die fürsorgliche Sicht muss durch eine an den Stärken und Gestaltungsspielräumen des Alters orientierte Sicht ergänzt werden.“ Einseitige negative Altersbilder und die dadurch bedingte Diskriminierung des Alters lenken den Blick ab von den möglichen Ressourcen, die auch in einer alternden Gesellschaft zu finden sind. Der vielfach behauptete angebliche Verlust an Innovationskraft und Produktivität konnte durch keine Studie bisher nachgewiesen werden.

Einer Überlastung unseres Sozialsystems durch den Anstieg von Renten- und Ge-



sundheitskosten kann durch sinnvolle Maßnahmen (Flexibilisierung bzw. Verlängerung der Lebensarbeitszeit, durch Ausbau von Prävention und Rehabilitation) begegnet werden. Eine realistische Sicht des Alterns und dadurch bedingt eine Anerkennung der älteren Generation als Stütze unserer Gesellschaft, ihrer besonderen Verdienste und Leistungen sowohl im beruflichen, familiären als auch im ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich sind erforderlich. Durch den demographischen Wandel und die mit ihm einhergehenden strukturellen Veränderungen be-

dingt, ist der Drei-Generationen-Vertrag zu einem Vier-Generationen-Vertrag geworden. Die Alterssicherung wurde bekanntlich von Bismarck 1889 ins Leben gerufen und besagt, dass diejenigen, die im Erwerbsleben stehen, durch ihre Steuern und Beiträge für jene aufzukommen haben, die noch nicht ins Erwerbsleben eingetreten sind, und für jene, die bereits aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Um 1900 lag das durchschnittliche Eintrittsalter in das Berufsleben zwischen 15 und 16 Jahren: Eine Berufsschule gab es (leider) noch nicht; eine weiterführende



Die Autorin: **Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr** ist Gerontologin der ersten Stunde in Deutschland und national wie international eine der herausragenden Forscherpersönlichkeiten auf dem Gebiet. Seit 2009 ist sie Vorsitzende

der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO).

Bundesland	25-45-Jährige	über 80-Jährige
Baden-Württemberg	- 12,7 %	+ 65,6 %
Bayern	- 10,1 %	+ 63,6 %
Berlin	- 3,7 %	+ 92,0 %
Brandenburg	- 26,8 %	+ 92,5 %
Bremen	- 6,8 %	+ 41,7 %
Hamburg	- 2,4 %	+ 43,9 %
Hessen	- 14,2 %	+ 56,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	- 30,0 %	+ 79,6 %
Niedersachsen	- 17,1 %	+ 58,3 %
Nordrhein-Westfalen	- 14,5 %	+ 48,7 %
Rheinland-Pfalz	- 15,0 %	+ 47,7 %
Saarland	- 19,4 %	+ 41,1 %
Sachsen-Anhalt	- 34,5 %	+ 50,8 %
Sachsen	- 25,0 %	+ 53,4 %
Schleswig-Holstein	- 14,0 %	+ 76,5 %
Thüringen	- 32,7 %	+ 59,4 %

Quelle: Bertelsmann-Demographie-Atlas 2010

Prozentuale Veränderung des Anteils der Generation der 25-45-Jährigen und der über 80-jährigen in den Bundesländern 2009 - 2030

Bildung oder gar ein Studium konnten sich nur wenige leisten, Frauen schon gar nicht. Mit 15/16 Jahren hatte man bereits (wenn auch wenig) verdient und seine Beiträge abgeführt, in die Rentenkassen und Krankenkassen einbezahlt. Die Altersgrenze wurde unter Bismarck auf 70 Jahre festgelegt – ein Alter, das damals die meisten Menschen gar nicht erreichten; erst 1916 wurde die Altersgrenze auf 65 Jahre festgelegt. So hatten damals die 15- bis 70-Jährigen für jene aufzukommen, die noch nicht 15 waren, und für die über 70-Jährigen – und das waren um 1900 etwa 2 % der Gesamtbevölkerung.

Dieser Generationenvertrag funktionierte lange Zeit. Heute haben wir ein durchschnittliches Berufseingangsalter – allerdings nach Abschluss der Berufsschule – bei 25 Jahren, und das Berufsende liegt in der Realität heute bei etwa 63 Jahren. So hat die Gruppe der im Erwerbsleben Stehenden für die aufzukommen, die noch nicht im Berufsleben stehen (und das sind bei einer in unserer Zeit notwendigen längeren Ausbildung und verlängerten Ju-

gendzeit weit mehr Menschen), und vor allem für die große Gruppe jener, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Und das sind nicht – wie vor 110 Jahren – 2 % der Bevölkerung, sondern über 20%, zwei Generationen.

Dass dann die Generation der im Erwerbsleben Stehenden über zu hohe Abgaben stöhnt, ist verständlich. Die zunehmende Langlebigkeit muss in der Rentenberechnung berücksichtigt werden; der Einbau eines demographischen Faktors (oder „Nachhaltigkeitsfaktors“) – bei grundsätzlich nettolohnbezogener Rente – tut not. Die Entwicklung vom Drei- zum Vier-Generationen-Vertrag ist nicht nur demographisch bedingt, sondern durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation mitbestimmt. Außerdem fällt neben der zunehmenden Langlebigkeit auch die verlängerte Jugendzeit stark ins Gewicht.

Viele Rentner würden gerne in die Rentenkasse einbezahlen, anstatt von ihr zu leben, wenn die Situation am Arbeitsmarkt das erlauben würde. Die meisten der heute 55-67-Jährigen sind durchaus arbeitsfähig,

viele auch arbeitswillig – aber sie werden frühzeitig aus dem Arbeitsleben verabschiedet. Freilich: Es gibt Berufe und Tätigkeiten, die den Menschen überfordern und im Alter nicht mehr zu bewältigen sind; eine Flexibilität der Altersgrenze würde ihnen ein früheres Ausscheiden ermöglichen.

Es wird daher höchste Zeit, dass wir starre Altersgrenzen abschaffen. Berufsbegleitende Weiterbildung und betriebliche Gesundheitsfürsorge, mehr Flexibilität auch im Arbeitsalltag und Arbeitsleben sollten zu einer Verlängerung der beruflichen Tätigkeit führen – zum Wohl unserer Gesellschaft, aber auch zum Wohl der Einzelnen. Eine berufliche oder auch ehrenamtliche Tätigkeit, die weder überfordert noch unterfordert, ist die beste Geroprophylaxe: Durch sie wird für körperliche, geistige und soziale Aktivität gesorgt, die zu einem gesunden Älterwerden beiträgt. „The feeling of being needed“, das Gefühl, gebraucht (nicht missbraucht) zu werden, korreliert mit einem zufriedenen Älterwerden. Der Mensch, der keine Aufgabe hat, gibt sich auf. ■

80. Geburtstag des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union:

Die **Kanzlerin** gratulierte als Erste



„Ich schätze Ihre Arbeit sehr und bin froh, dass die Senioren in unseren Reihen mit Ihnen einen so engagierten Vorsitzenden haben, der unermüdlich für die Interessen und Anliegen der älteren Menschen wirbt“, formulierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Sie ließ es sich nicht nehmen, pünktlich mit dem Glockenschlag um Mitternacht anlässlich einer CDU-Bundesvorstandssitzung dem Jubilar zu

gratulieren. Schließlich feierte Prof. Dr. Otto Wulff, seit mehr als zehn Jahren Bundesvorsitzender der Senioren-Union, an diesem Januartag seinen 80. Geburtstag. Genau 60 Jahre zuvor – zu Konrad Adenauers Geburtstag an einem Samstag – war der Jubilar Mitglied der CDU geworden. Das Engagement für die Partei führte ihn 1969 für elf Jahre in den Bundestag. Zudem war er Mitglied des Europarates und Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, deren Ehrenpräsident er heute noch ist. Seit 13 Jahren gehört er dem CDU-Bundesvorstand an und leitet den Initiativkreis „Zusammenhalt der Generationen“ der CDU Deutschlands. Seine gemeinsamen Auftritte mit dem Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder, sind inzwischen legendär.

Der berufliche Werdegang des Rechts- und Staatswissenschaftlers war geprägt durch die Tätigkeit als Direktor bei der Deutschen Bank und Berufungen u.a. als Honorarprofessor für Internationales Entwicklungs- und Finanzrecht an die Ruhr-Universität Bochum. Die Bundeskanzlerin lobte entsprechend: „Sie sind ein Mitglied der



Auch am Heimatort gab es verdiente Glückwünsche: hier Jürgen Paul, Ortsvorsitzender in Schwerte und Kreisvorsitzender der Senioren-Union Unna, mit dem Jubilar.

CDU fast von der ersten Stunde an und haben die Politik unserer Partei über Jahrzehnte in verschiedensten Positionen entscheidend mitgeprägt.“ ■

Altersgrenze – keine Altersdiskriminierung?

Am 20. Dezember 2012 berichtete die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) über ein Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom Vortag. Die Überschrift lautet: „Altersgrenze keine Altersdiskriminierung“. Das darf nicht so stehenbleiben.

Wenn Menschen wegen Ihres Alters ausgegrenzt werden, ist das Altersdiskriminierung. Alter darf keine Rolle spielen. Alter ist kein Kriterium, um die Fähigkeit eines Menschen zu beurteilen. Es muss immer auf die individuelle Leistungsfähigkeit ankommen. Deshalb ist es geboten, das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 19.12.2012 vor dem Bundesverfassungsgericht und gegebenenfalls auch vor dem Europäischen Gerichtshof anzufechten.

Es geht im Übrigen dabei nicht nur um die persönlichen Rechte des Menschen, sondern es geht aufgrund des demographischen Wandels auch um die Interessen der Gesellschaft insgesamt.



Insofern ist das Urteil auch ein falsches Signal. Ältere Menschen werden mit ihren Fähigkeiten zukünftig zunehmend gebraucht.

Die Roman-Herzog-Kommission hat in ihrem Gutachten bereits 2003 festgestellt, dass wir die Probleme unserer Gesellschaft nicht durch Einwanderung lösen, sondern nur selbst lösen können. Und daher sind ältere Menschen nicht das Problem der Gesellschaft, sondern ein wichtiger Teil der Lösung dieses Problems.

In dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes geht es um Altersgrenzen bei Bürgermeister und Landräten. In der Urteilsbegründung heißt es, dass die kommunalen Spitzenpositionen einen großen Arbeitseinsatz erfordern und nach der allgemeinen Lebenserfahrung mit zunehmendem Alter die Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein könne.

Abgesehen von vielen anderen Fragen, die aufkommen müssen, wäre es aber unter dem Gesichtspunkt der Urteilsbegründung zwingend geboten, bei den Abgeordneten der Landtage, des Bundestages und des Europaparlamentes eine Altersgrenze einzuführen, weil die Belastungen dieses Per-

sonenkreises noch ungleich größer sind. Die Senioren-Union hat bereits im Jahr 2006 in einem Gutachten zur Altersdiskriminierung die Fragen aufgegriffen. Aus diesem Grund wäre es auch folgerichtig, wenn die Senioren-Union Deutschlands sinnvolle Initiativen gegen jede Form der Altersdiskriminierung unterstützen würde. Darüber hinaus sollte die Senioren-Union den Deutschen Bundestag auffordern, Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes durch den Begriff „Alter“ zu erweitern. Diese Grundgesetzänderung würde jegliche Diskriminierung wegen des Alters ausschließen und absolute Rechtssicherheit bedeuten. ■

Der Autor: **Leonhard Kuckart** war 20 Jahre lang Mitglied des Landtages von NRW und ist stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union sowie deren Landesvorsitzender in NRW.




Elbe

Seniorenwohnungen „Bellevue“
 Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**
 Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
 Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
 Betreuung möglich.
Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

Gratisprospekt:
Tel. (05862) 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

Probleme, **Fragen**, Perspektiven ...

Wie stellt sich die Pflegesituation bei alten Menschen im Deutschland des Jahres 2013 dar?

Die Zahl der zu Pflegenden nimmt zu, in den letzten elf Jahren um 35 %. Gleichwohl wird die Angst vor Pflegeheimen von Medien mit „Horrorbeispielen“ geschürt. Die Wirklichkeit ist anders. In 12.400 Heimen werden etwa 750.000 alte Menschen versorgt. Die übergroße Mehrzahl der Heime ist gut und sehr gut geführt. Die Bewohner werden von ca. 600.000 ausgebildeten Pflegekräften und Krankenschwestern meist auch liebevoll gepflegt. Überall, wo Menschen arbeiten, gibt es Fehler und Ausrutscher. Diese gehören verfolgt und geahndet, aber sie liegen im untersten Prozentbereich.

Der weitaus größere Teil der zu Pflegenden wird in deren Wohnung oder bei Angehörigen gepflegt, das sind rund 1.750.000. Davon werden von 600.000 Menschen zusätzliche Hilfen von ambulanten Diensten in Anspruch genommen. Die Pflegeversicherung gibt einen Zuschuss, unabhängig von den Kosten, die in Heimen zu zahlen sind, und zwar

Pflegestufe I	€ 1.023,00/Monat
Pflegestufe II	€ 1.279,00/Monat
Pflegestufe III	€ 1.550,00/Monat
Härtefall	€ 1.918,00/Monat

Wenn trotz dieser Zuschüsse der Pflegeversicherung, die eigene Altersvorsorge und

eigene Mittel die Kosten von 2.500 € bis 4.000 € in Pflegeheimen nicht aufgebracht werden können, werden diese Menschen mit Sozialhilfeleistungen unterstützt. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Heimen ist zwar erschreckend, aber auch beruhigend. In Deutschland hat jeder Anspruch auf eine vollstationäre Pflege. Da die Pflegeheime im Durchschnitt nur 90 % ausgelastet sind, gibt es auch genug Plätze, sicher nicht immer im gewünschten Nahbereich.

Ein Ärgernis ist für viele Kinder, dass die Sozialhilfebehörden bei ihnen ggf. Regress fordern, wobei die Freigrenzen sehr hoch sind. Um diesen Rückgriff zu vermeiden, haben wir in Schloß Stetten vor 30 Jahren bereits eine private Pflegeversicherung eingeführt, die die nicht gedeckten Kosten übernimmt, ohne die Angehörigen zu belasten.

Zu einer ordentlichen Pflege und einem würdigen Lebensabend gehört auch ein Einzelzimmer, der Pflegebedürftige hat einen Anspruch auf eine eigene Intimsphäre. Inzwischen werden 60 % der Pflegebedürftigen in Einzelzimmern untergebracht.

Naturgemäß sind Pflegeheime unterschiedlich strukturiert. Für ein menschenwürdiges Dasein als Pflegefall ist letztlich immer die Leitung verantwortlich. „Gute Leitung, gute Pflege“ ist mehr als ein Schlagwort. Es ist richtig, dass Heime heute unangekündigt kontrolliert und bewertet werden. Dabei stellt sich häufig heraus, dass gute Noten oft die Einrichtungen erhalten, die die beste Dokumentation vorlegen; der Geist des Hauses ist aber nicht messbar. Dadurch wird der bürokratische Aufwand einer Pflegekraft bis zu 30 % gesteigert. Diese Zeit fehlt für die Zuwendungen beim Bewohner.

Demenz ist ein Schlagwort, mit dem heute operiert wird, oft, ohne hinzuschauen, dass es große Unterschiede in den Demenzstufen gibt. Die Anzahl der körperlich aktiven und gesunden Dementen steigt und bedarf einer Beantwortung der richtigen Form der Pflege. Zu häufig werden aktive Demente „gefesselt“. (Ich gebrauche bewusst dieses abschreckende Wort, denn die Umschreibung von „Fixierung“ ist nichts anderes.) Es ist das Schlimmste, was einem Menschen passieren kann. Es ist nur natürlich,

dass fast jeder versucht, sich zu befreien, manchmal schreit, spuckt und beißt, um auf diese menschenunwürdige Lebensweise aufmerksam zu machen. In der Vergangenheit wurden – und sicherlich auch heute noch – zu oft richterliche Genehmigungen gegeben. Dies geschieht oft mit der Begründung des Selbstschutzes vor Stürzen und Verletzungen. Diese Ausrede kann inzwischen nicht mehr gelten, weil es Niedrigbetten gibt, aus denen man nur herausrollt.

Es gibt inzwischen hervorragende Dementereinrichtungen mit fast luxuriöser Ausstattung. In Holland gibt es das Vorzeigedorf De Hogeweyk, ein „Demenzdorf“, das als Vorbild für viele Einrichtungen gilt. Es wird aber auch immer noch als „Ghetto“ bezeichnet, weil es, wie bei allen diesen Einrichtungen, keinen freien Ausgang gibt. Die Bewohner laufen wie Tiger im Käfig umher und finden keine offene Tür.

In unserer kleinen Kranken- und Pflegestation mit 40 Einzelzimmern (ca. 30 % dement) laufen diese Bewohner mit. Sie werden nicht eingesperrt, sie werden auch nicht gefesselt. Natürlich stören sie gelegentlich. Einen aktiven dementen Bewohner zu pflegen und zu betreuen ist weit zeitaufwändiger als einen Bettlägerigen mit Pflegestufe III. Auch wenn wir damit bisher gut gefahren sind, müssen wir die Zeichen der Zeit erkennen, dass Demente einer besonderen Betreuung bedürfen. Wir wollen auch hier wieder als Pioniere antreten und eine Demenzenstation einrichten, die sich viel abschaut von positiven Demenzenstationen, aber zusätzlich einen Ausgang – wir nennen das Schleuse – hat. Durch diese können die Bewohner auch in die Räume der normalen Kranken- und Pflegestation und des Betreuten Wohnens gehen. Durch technische Mittel wissen die diensthabenden Pflegekräfte, wer die Pflegestation verlässt, ob man ihn gewähren lassen kann oder liebevoll zurückbegleitet. Dank der fortgeschrittenen Medizin kann man heute auch sehr viel psychisch Kranke heilen, die nach einer entsprechenden Einstellung durch den Arzt oder in einer Klinik ein normales Leben ohne psychische Störungen führen können. Sie sind mitten unter uns, und wir merken es oft nicht. Solche Bewohner gibt es natürlich auch in



Der Autor: **Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten**, ist stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union und Landesvorsitzender der Baden-Württemberg. Der langjährige Bundestagsabgeordnete baute neben seinem vielfältigen

gesellschaftlichen Engagement u.a. auch die Residenz Schloß Stetten für betreutes Wohnen im Alter auf.



Pflegeheimen, ohne dass man davon sprechen darf, dass sie mit „Psychopharmaka“ vollgestopft werden. Nach der neuesten Statistik wissen wir, dass jeder Mensch über 70 Jahre im Durchschnitt sechs verschiedene Tabletten pro Tag nimmt. Die bekanntesten sind Blutdrucksenker, Cholesterinsenker, Blutverdünner u. Ä., aber eben auch eine Beruhigungstablette für den Tag oder eine Schlaftablette für die Nacht. Viele Ältere können nur deswegen ein selbstbestimmtes, würdiges Leben führen, sei es zu Hause oder auch in einem Pflegeheim. In Pflegeheimen wird außerordentlich penibel darauf geachtet, dass diese Medizin einschließlich der Dosierung nur auf ärztliche Anordnung verabreicht wird.

Ein ganz wesentlicher Erfolg der medizinischen Forschung ist heute, dass niemand mehr Schmerzen haben muss. Dass sehr starke Tabletten oft morphine Nebenwirkungen haben, weiß jeder. Wenn kein Missbrauch betrieben wird, ist dies eine vernünftige Sache, die heute weitgehend in der Hand von Ärzten liegt. In Israel gibt es eine Einrichtung, in der ältere Schmerzpatienten ihren „Joint“ rauchen, dadurch ruhiger und fröhlicher werden und nachts gut schlafen können. So weit würde ich nicht gehen, aber es zeigt, dass unterschiedliche Auffassungen bestehen, um in Würde alt zu werden.

Pflege ist ein sehr verantwortungsvoller, oft von der psychischen und physischen Belas-

tung her schwerer Beruf. Ähnliches gilt auch bei der Pflege zu Hause. Rund 1,75 Mio. Menschen werden zu Hause gepflegt, mit oder ohne Hilfe der ambulanten Pflegedienste. Dies ist sehr oft eine aufopfernde Tätigkeit, die meist nicht genug gewürdigt wird. Das Pflegegeld zwischen 120 € und 900 € ist je nach Einzelfall nicht ausreichend. Wer sich nur für die Pflegesachleistungen, d.h. Leistungen, die der ambulante Pflegedienst erbringt, entscheidet, bekommt zwischen 225 € bis 1.918 € pro Monat vergütet. Dies ist auch angemessen. Durch eine Kombination der persönlichen Pflege und der Inanspruchnahme von ambulanten Pflegediensten wird sehr häufig der stationäre Pflegefall vermieden oder (manchmal zu lange) herausgezögert. Das kann problematisch werden, wenn die Pflegenden mit der Pflege überfordert sind oder Geld sparen wollen, und dadurch die Pflege und Betreuung nicht sachgerecht durchführen. Hier gibt es eine Dunkelziffer von unwürdiger Pflege. Man kann beizeiten vorsorgen, indem man z. B. den Hausarzt bevollmächtigt (möglichst notariell beurkundet), jeden Monat oder alle drei Monate eine kurze Zustandskontrolle durchzuführen.

Der angebliche oder teilweise tatsächlich vorhandene Pflegenotstand liegt in Deutschland daran, dass wir zu wenige voll ausgebildete Pflegekräfte haben. Wenn wir erreichen wollen, dass in Zukunft mehr junge Leute den Pflegeberuf wählen,

muss dieser soziale Beruf mehr öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung erhalten. Dazu gehört naturgemäß auch ein gutes Gehalt. Es handelt sich schließlich nicht nur um einen normalen Acht-Stunden-Tag, sondern oft um wechselnde Arbeitszeiten, Wochenend- und Feiertagsdienst, ggf. auch Nachtdienst.

Dazu gehört aber auch, dass das verkrustete Tarifsystem aufgebrochen wird und nicht nach Alter oder Dienstzeit, sondern nach Leistung bezahlt wird. Insbesondere die Gehälter der jungen Pflegerinnen und Pfleger müssten höher sein. Es ist nicht einsehbar, warum eine 20 Jahre ältere Pflegekraft, die das Gleiche leistet, mehrere hundert Euro mehr verdient. Dies führt zu Unzufriedenheit in den Betrieben und schlägt sich auf die Bewohner nieder. Hier haben es private und nicht tarifgebundene Pflegeheime leichter, flexibel zu reagieren. Die können dadurch junge, fröhliche, motivierte Pflegekräfte gewinnen.

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten neuerdings über die „Flucht“ von alten Menschen ins Ausland, weil dort alles viel besser und billiger sei. In Deutschland kostet ein Pflegeplatz zwischen 2.500 € und 4.000 €, in der Schweiz immerhin zwischen 5.000 € und 7.000 €. In Deutschland beträgt das durchschnittliche Monats-Brutto-Gehalt der Pflegekräfte zwischen 2.000 € und 3.000 € je nach Alter und Qualifikation. In Thailand 10-15-mal weniger, nämlich zwischen 200 € und 300 €. Auch in den osteuropäischen Ländern wie der Slowakei und Ungarn beträgt der Lohn nur 20 % unserer Gehälter. Diese Einrichtungen sind natürlich billiger, besser sind sie nicht. Da aber nicht einmal 1 % der zu Pflegenden diesen Weg wählt, steht die mediale Aufmerksamkeit im umgekehrten proportionalen Verhältnis dazu.

Lieber Leser, jeder von Ihnen hat in der näheren oder weiteren Nachbarschaft eine Institution von Betreutem Wohnen oder Pflegeheim. Besuchen Sie diese Häuser, sprechen Sie mit Bewohnern. Noch so großartige Hochglanzprospekte können eine persönliche Atmosphäre und ein gutes Klima nicht ersetzen. Sorgen Sie rechtzeitig vor. Wenn Sie Betreutes Wohnen mit angeschlossenem Pflegeheim in Betracht ziehen, nutzen Sie die Gelegenheit, angemessen Probe zu wohnen. Wenn man rechtzeitig die Wahl trifft, vermeidet man die Gefahr, dass andere über den Aufenthaltsort bei eintretender Pflegenotwendigkeit bestimmen. ■

Aktuelle Altersstudie belegt:

Stärkere Interessenvertretung gewünscht

Der Generali Zukunftsfonds, die Einrichtung der Generali Deutschland zur Wahrnehmung ihrer bürgerschaftlichen Verantwortung, hat gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach Ende 2012 die Ergebnisse einer Altersstudie veröffentlicht, die viele interessante Informationen mit Blick auf die Altersgruppe der 65-85-Jährigen offenbart.

Mehr als 4000 Menschen wurden (in der Regel) bei sich zu Hause ausführlich befragt. Die Stichprobe repräsentiert insgesamt 15,24 Millionen Menschen, berücksichtigt wurde ausschließlich die Bevölkerung in Privathaushalten. Ein wesentliches Ziel der Altersstudie ist es, mit den Ergebnissen einen Beitrag für ein realistisches Bild vom Alter in unserer Gesellschaft zu leisten.

Für die Senioren-Union (SU) – als seniorenpolitische Interessenvertretung der über 60-Jährigen – ist im Hinblick auf die Ergebnisse der Altersstudie vor allem die Tatsache bedeutsam, dass sich die überwältigende Mehrheit von 80 Prozent der 65-85-Jährigen für eine eigene Interessenvertretung für Ältere auf Bundesebene ausspricht. Auch für die kommunale Ebene gibt es den deutlichen Wunsch nach einer Interessenvertretung für die Belange und Anliegen der älteren Generation.

Dies könnte ein Anreiz für die SU sein, stärker als bislang auf allen Ebenen für un-

sere seniorenpolitische Vereinigung als Interessenvertretung der über 60-Jährigen zu werben und sowohl die Mund-zu-Mund-Propaganda im persönlichen Umfeld als auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit insgesamt zu intensivieren und weiterzuentwickeln. Wir sind im politischen Raum sicherlich eine bekannte und mitgliederstarke Vereinigung für Ältere, aber die Studie zeigt, dass es bundesweit insgesamt noch zu viele Seniorinnen und Senioren gibt, die scheinbar die SU, ihre Arbeit und ihre Angebote noch nicht kennen.

Das Altersbild, auch das belegt die Studie, befindet sich in einem deutlichen Wandel. Die Generation der 65-85-Jährigen fühlt sich im Durchschnitt zehn Jahre jünger, als es dem tatsächlichen Lebensalter entspricht. 58 Prozent der Befragten würden sich nicht als „alte“ Menschen bezeichnen. Die Studie liefert zudem weitere Ergebnisse, die wir aufgreifen und in unsere politische Arbeit einfließen lassen sollten. Die überwältigende Mehrheit der Befragten äußerte den Wunsch, ein selbstbestimmtes und aktives Leben so lange wie möglich aufrechterhalten zu wollen. Viele möchten auch im Fall der Pflegebedürftigkeit in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Deshalb stellt die Mehrheit von ihnen auch den Erhalt der Gesundheit in den Mittelpunkt.

Ferner erwarten 74 Prozent von der Bundesregierung die Verbesserung der finanziellen Situation ärmerer Rentnerinnen und Rentner – ein Kernanliegen der SU. Dies

ist auch deshalb interessant, weil laut Studie 63 Prozent der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut bis sehr gut beurteilen. 68 Prozent sehen in der Verringerung der sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich eine Hauptaufgabe der Politik. Aber nicht nur die eigenen Interessen sind der älteren Generation wichtig, sondern auch das Thema Generationengerechtigkeit: Jeweils rund 60 Prozent haben die Erwartungshaltung, dass die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit bekämpft und die Staatsverschuldung senkt.

Ein Blick auf das Ehrenamt zeigt, dass 45 Prozent der 65-85-Jährigen sich mit durchschnittlich rund vier Stunden pro Woche gesellschaftlich engagieren, unter anderem im kirchlichen Umfeld sowie in Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen. Hochgerechnet ergibt dies einen zeitlichen Umfang von rund 1,48 Milliarden Stunden pro Jahr, die der Arbeitszeit von etwa 870.000 Vollzeitbeschäftigten entsprechen. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass jeder Vierte, der aktuell engagiert ist, sich eine Ausweitung seines ehrenamtlichen Engagements um sechs Stunden pro Woche vorstellen kann.

Letztendlich zeigen die Ergebnisse der Studie auch – und das sollte uns alle motivieren –, dass die SU mit ihren Kernthemen Rentengerechtigkeit, Gesundheitsförderung, Förderung des Ehrenamts und dem Einsatz für ein realistisches Bild vom Alter voll im Trend liegt. ■



Der gefährliche

„In Würde“ zu sterben – das ist ein Wunsch, der gerade in unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft immer heftiger diskutiert wird. Das ist erstaunlich, denn niemals zuvor war die medizinische Versorgung besser als heute ...

Diese verbesserte Versorgung betrifft insbesondere die Palliativmedizin, die fast alle mit dem Sterben einhergehenden Schmerzen und Ängste sowie Zustände von Atemnot beseitigen kann. Schließlich gilt das deutsche Gesundheitswesen nicht umsonst weltweit als eines der besten und leistungsfähigsten. Dennoch: Die bloße Sorge, ja die Angst, möglicherweise „unwürdig“ leben oder sterben zu müssen, wurde offenbar noch nie so intensiv empfunden und diskutiert wie gerade in unserer Zeit.

Das hat vielfältige Gründe: Dazu zählen das Auseinanderbrechen der familiären Beziehungen und die weiten Entfernungen zwischen jungen und alten Familienmitgliedern, die allgemein deutlich gestiegene Lebenserwartung, die hohen Krankheits- und Pflegekosten, die Angst vor Altersarmut (vor allem bei Alleinlebenden), die Angst vor dem Pflegeheim, die Angst vor Hilflosigkeit oder schlicht die Sorge, „Op-

fer“ einer leidensvollen Intensivmedizin zu werden, schließlich, über längere Zeit Schmerzen zu erleiden oder die Angehörigen zu belasten. Trotz großen Wohlstandes in dem bestausgebauten Sozialstaat, den es jemals gab, kann dies im Einzelfall eine berechnete Sorge sein.

Und doch ist es erstaunlich, dass gerade unter derart guten Bedingungen der Ruf nach einem endlich „selbstbestimmten Tod“ immer lauter wird. Offenbar greift die rein utilitaristisch orientierte Überzeugung immer weiter um sich, dass das Leben unter bestimmten Umständen sinn- und wertlos wäre. Dass die „Kosten-/Nutzenrelation“ für den Einzelnen und die Anderen negativ ausfiele. Dass ein Leben in Leid und Abhängigkeit die eigenen Kräfte und die der anderen überstiege und daher besser aktiv – also selbstbestimmt – zu beenden wäre.

Erstaunliche Parallelen zur Selbstbestimmungsdiskussion bei der Abtreibung

Seit fast 40 Jahren gehören Abtreibungen in unserem Land zu unserem Alltag. Statistiker schätzen, dass es seit 1974 deutlich mehr als sechs Millionen sind. Ein stilles, meist unausgesprochenes Dogma steht in unserer Gesellschaft auch hinter diesem Drama: Nicht jedes menschliche Leben ist lebenswert oder erwünscht. Angeblich kann es eine „unzumutbare“ Last sein. Es drängt sich also auf, dass Abtreibung und „Sterbehilfe“ etwas gemeinsam haben. Wenn bei ungewollter oder ungeplanter Schwangerschaft die Tötung eines Ungeborenen durch Abtreibung weitgehend akzeptiert wird, dann wird es plötzlich auch am Lebensende möglich, das Ungewollte und Ungeplante für unzumutbar zu erklären. So kommt man dann auf die Idee, das Ende künstlich zu beschleunigen oder sogar mit Sterbehilfe vorzeitig zu erzwingen.

Schon seit vielen Jahrzehnten ist leider nicht nur der Suizid in Deutschland straflos, sondern auch die Mitwirkung daran – euphemistisch „Beihilfe“ genannt. Während unsere Gesellschaft als Folge des Kindermangels dramatisch altert, wird ein neues, zusätzliches „Angebot“ gesell-

schaftsfähig: die Sterbehilfe durch „kompetente“ Tötungsassistenten. Sterbehilfeorganisationen, die seit Jahren als eingetragene und gemeinnützige Vereine (warum sind sie eigentlich gemeinnützig?) auftreten, werben öffentlich für das Recht auf „Freitod“. Sie bieten und leisten auf Wunsch Assistenz und Unterstützung beim Suizid. Sie liefern den Tod auf Bestellung.



Die Autorin:
Mechthild Löhr
studierte Politik, Philosophie und Staatsrecht und leitet eine Personal- und Unternehmensberatung. Sie engagiert sich in bio- und wirtschaftsethischen Themen als Publizistin, ist Trägerin

des Päpstlichen Sylvesterordens und Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL).

Laut Koalitionsvertrag von 2009 sollte die Sterbehilfe zunächst den gewerbsmäßigen Anbietern verboten werden. Mehr sei mit der FDP nicht zu erreichen, hieß es. Sterbehelfern wie Dr. Roger Kusch u. a. sollte auf diese Weise das Handwerk gelegt werden. Man könnte es für folgerichtig halten, dass dementsprechend im neuen Paragraphen 217 StGB die „Strafbarkeit der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ unter Strafe gestellt werden sollte. Aber der von der FDP vorbereitete Regierungsentwurf entpuppte sich Ende 2012 als Mogelpackung. Er verbietet zwar for-

neue § 217

mal die Sterbehilfe mit Gewinnerzielungsabsicht, zugleich wird aber in der Begründung des Entwurfs jede andere Form der Mithilfe beim Suizid durch „nahestehende Personen“ ausdrücklich erlaubt, ja verständnisvoll begrüßt. „Nahestehende Personen“ können außer Freunden und Angehörigen auch Pfleger und Ärzte sein, schließlich sogar Mitarbeiter von gemein-



nützigen Sterbehilfe-Vereinen. Damit erklärt der Gesetzgeber den Suizid nicht nur zu einem staatlicherseits akzeptierten Mittel moderner Selbstbestimmung. Mehr noch: Er gibt der bedingungslosen Legitimität und Legalität der Beihilfe zum Selbstmord erstmals einen offiziellen Status, denn er stellt mögliche Helfer unter Absehung von ihren Motiven prinzipiell straf-frei!

Nicht nur wir Christdemokraten für das Leben (CDL) haben uns frühzeitig und energisch gegen diesen Kulturbruch ausgesprochen, der das Vertrauen und die Soli-

darität der Generationen untereinander schwer beeinträchtigen würde. Auch Ärz-teverbände, Kirchen, Hospizvereine und viele Kritiker nicht nur aus der Union haben inzwischen sehr deutlich gegen den neuen § 217 StGB protestiert. Denn sie alle wissen: Der Wunsch nach einem schnellen Tod ist in den allermeisten Fällen ein Ausdruck großer Not, Verzweiflung und Hilflosigkeit. Der Todeswunsch kommt fast nur in einer Lebenslage vor, in der die Fähigkeit zur Selbstbestimmung stark eingeschränkt oder gar nicht vorhanden ist. Liegt ein Todeswunsch vor, sind menschlicher und medizinischer Beistand nötig. Was wir brauchen, ist nicht etwa Hilfe zum Sterben, sondern Liebe, Zuwendung, Achtung und Aufmerksamkeit am Lebensende. Der aktiv herbeigeführte Tod ist die völlig falsche Antwort. Er ist eine Absage an die wahre Humanität. Er „hilft“ dem anderen nicht, sondern er beseitigt ihn mitsamt seiner Not, und das unwider-ruflich.

Haben wir wirklich das moralische Recht, aktiv am Suizid Anderer mitzuwirken?

Sollte der Gesetzentwurf wie geplant umgesetzt werden, würde ein Kulturbruch gefährlichster Art stattfinden. Das Signal, das der Gesetzgeber damit gibt, würde lauten: Wer sterben will, soll es ruhig tun! Jederzeit! In jeder Schicksalslage würde ja nur der eigene Wille zählen. Der Suizid würde zur sinnvollen, guten Tat werden. Was die professionelle oder private Unterstützung betrifft, so würde sie bald überall angeboten und nachgefragt werden können. Es dürfte sogar Werbung für Sterbehilfe geben.

Die ersten Sterbehilfeorganisationen haben bereits damit begonnen, Altersheime und sogar Schulen zu besuchen, um dort unabhängig von Alter und Krankheit („neutral“) über ihre Angebote zu informieren: „Sie wollen sterben? Kein Problem!“ Bald könnte es immer öfter heißen: „Wir unterstützen Sie auf dem Weg zur Selbsttötung bei Bedarf sicher, kostenneutral und zuverlässig.“ Spenden oder Mitgliedsbeiträge sind erwünscht.

Aktuelle Buchveröffentlichung

Unter der Edition Sonderwege der Manuscriptum-Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof ist kürzlich eine der deutlichsten und konsequentesten Stellungnahmen gegen Sterbehilfe erschienen. Drei Autoren, Andreas Krause Landt (Wir sollen sterben wollen), Axel W. Bauer (Todes Helfer) und Reinhold Schneider (Über den Selbstmord) kommen zu einer eindeutigen Sichtweise: Sterbehilfe ist Euthanasie an Lebensmüden und ist medizinisch unnötig.

Manuscriptum-Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG, 200 S., 14,90 €, ISBN 978-3-937801-78-0

Wer die echte Not von Schmerzpatienten oder depressiv Erkrankten kennt, der weiß, dass der Todeswunsch in der Regel vor allem ein Hilferuf ist. Sterbehelfer aber bringen keine Hilfe, sondern den schnellen Tod. Es ist wahr, dass man den Suizid niemals vollständig verhindern kann. Aber wenn der neue § 217 StGB unsere Gesellschaft ermutigt, psychisch und physisch kranken Menschen, ob Jung oder Alt, künftig in allen schwierigen Lebenslagen die Sterbehilfe anzubieten, dann wird auch die entsprechende Nachfrage sprunghaft steigen. Wer würde sich nicht gedrängt fühlen (oder es sich von selbst überlegen), so früh wie möglich „freiwillig“ zu gehen? Wer würde sich und den Anderen mögliches Leid und etwaige Belastungen nicht ersparen wollen?

Allein der Blick in die Niederlande zeigt, wie schnell dort aus dem „neutralen“ Angebot von Euthanasie rücksichtslose Ansprüche und Erwartungen entstanden sind. Es ist absehbar, wie erbarmungslos eine von hohen Gesundheitskosten bedrängte Gesellschaft werden könnte, wenn die Sterbehilfe ähnlich wie die Abtreibung zu einer allgemein akzeptierten Dienstleistung mit Beratung würde. Daher protestieren wir weiter gegen den neuen § 217 StGB, der nicht ein Sterben in Würde, sondern den bestellten Tod befördern will.

Weitere Infos: www.cdl-online.de

Notizen aus der Geschäftsstelle

Liebe Mitglieder und Freunde der Senioren-Union,

das erste Heft der Souverän im Jahr 2013 nehme ich zum Anlass, Sie mit der Rubrik „Notizen aus der Geschäftsstelle“ künftig über Neues aus unserer Bundesgeschäftsstelle zu informieren und Sie zum Dialog einzuladen. Das Jahr 2013 steht ganz im Jahr der Bundestagswahl am 22. September. Mit Ihrer Stimme für die CDU und Angela Merkel unterstützen Sie den Zusammenhalt in unserem schönen Land, für eine Union der Generationen, die weit über das gute Verhältnis von Junge Union und Senioren-Union hinausgeht. Im Sommer wollen wir mit unserem „Generationen-Team“, bestehend aus dem JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder und unserem Bundesvor-



sitzenden Professor Dr. Otto Wulff, in ganz Deutschland wieder Präsenz zeigen und Ihren Einsatz vor Ort und in den Regionen würdigen – bereits im 25. Jahr des Bestehens der Senioren-Union der CDU Deutschlands, viele von Ihnen haben dieses Jubiläum vor Ort schon gebührend gefeiert! Denn die Senioren-Union steht ja neben dem Einsatz für die Belange der älteren Generationen seit jeher für Gemeinschaft und auch die besondere

Würdigung der vielfältigen Aktivität ihrer Mitglieder. Dies wird deutlich gemacht durch neu aufgelegte Urkunden für Jubiläen, die ab sofort über den CDU/SU Shop unter www.cdushop.de bestellt werden können. Zudem sind wir dabei, das Angebot insgesamt zu überarbeiten. Eine überarbeitete Neuauflage des Liederbuchs ist im Entstehen. Neue nützliche Kleinigkeiten werden ins Programm aufgenommen. Lassen Sie sich überraschen! Speziell aufmerksam machen möchte ich Sie auch auf das Online-Netzwerk www.cduplus.de, auf dem es in Kürze einen eigenen Bereich nur für Mitglieder der Senioren-Union geben wird. Ideen und Anregungen dazu sind uns stets willkommen, gern auch per Mail an seniorenunion@cdu.de – schließlich wird die Senioren-Union auch im Onlinebereich immer stärker. Auf der Startseite unserer Homepage www.senioren-union.de haben wir mit Jahresbeginn die Möglichkeit geschaffen, über das Internet an die Senioren-Union zu spenden. Damit haben wir noch keine hochmoderne Homepage wie Werbeagenturen oder Designunternehmen, der Anspruch wäre ja auch etwas überzogen – aber wir haben damit einen weiteren Schritt unternommen zu zeigen, dass die Senioren-Union auch hier auf der Höhe der Zeit ist. Ich habe das „Online-Spendeninstrument“ persönlich ausprobiert, es funktioniert! Wann probieren Sie es aus?

Schöne Frühlingstage wünscht Ihnen
im Namen des Geschäftsstellenteams

Ihr
Jan Christian Janßen
Bundesgeschäftsführer

Rentenbesteuerung:

Beispiellose Pannen

Das von der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung 2005 eingeführte Alterseinkünftegesetz zur steuerlichen Erfassung von Rentnerinnen und Rentnern wird von den Finanzbehörden zum Teil äußerst fehlerhaft umgesetzt.

Viele Rentnerinnen und Rentner aus Rheinland-Pfalz – möglicherweise auch aus anderen Bundesländern – haben seit 2005 keine Steuerzahlungsaufforderung von den für sie zuständigen Finanzämtern erhalten. Sie wurden aber dann Ende 2012, also über sieben Jahre später, von den Finanzämtern angeschrieben, verbunden mit der Aufforderung, für die letzten sieben Jahre Steuern inklusive Verzugszinsen nachzuzahlen! Eine der Betroffenen ist Edith Giebel, Vorsitzende des Kreisverbandes der Senioren-Union Worms-Stadt. Sie hat in dieser Angelegenheit auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB angeschrieben mit der Bitte zu helfen.

Begründet wurde diese beispiellose Panne und Unverschämtheit auf Nachfrage von Edith Giebel beim Finanzamt Worms damit, dass die oberste Finanzbehörde die regionalen Finanzämter erst spät informiert hat.

Dieser unglaubliche Fehler darf aber doch nicht zu Lasten der älteren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gehen, da die regionalen Finanzämter sie nicht über etwaige Steuernachzahlungen informiert haben! Viele der Rentnerinnen und Rentner waren bereits ausgesteuert, d.h., dass sie den Bescheid bekommen hatten, wegen Unerheblichkeit von der Zahlung der Einkommensteuer befreit zu sein. Deshalb haben sie z.B. auch keine Belege mehr gesammelt mit Blick auf ehrenamtliche Tätigkeiten (Auslagen) und müssen nun bei der Stundung der Gesamtsummen der Nachzahlungen – viele liegen im vierstelligen Bereich – sogar mit erneuten Zinszahlungen rechnen.

Dies ist ein absoluter Skandal und kann nicht hingenommen werden! Deshalb fordert die Senioren-Union der CDU Deutschlands die Bundesregierung dazu auf, der Angelegenheit unverzüglich nachzugehen und zu veranlassen, dass sämtliche Steuernachzahlungsaufforderungen an Rentnerinnen und Rentner für den Zeitraum 2005 - 2012, die von den Finanzbehörden plötzlich und völlig unerwartet erst Ende 2012 oder Anfang 2013 erhoben worden sind, zurückzuziehen. Zudem hat die Bundesregierung die Pflicht, künftig sicherzustellen, dass das Alterseinkünftegesetz so umgesetzt wird, dass Rentnerinnen und Rentner rechtzeitig über die entsprechende Besteuerung ihrer Renten informiert werden und nicht erst Jahre später. ■

Leonhard Kuckart

Reisetermin:

**07.08. bis
14.08.2013**

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland[†]/London-Heathrow/ Deutschland[†] mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren, Kerosinzuschläge und Luftverkehrsabgabe in Höhe von EUR 158,- pro Person (Stand 02/13, evtl. Erhöhungen werden nachberechnet)
- 7 Übernachtungen während der Rundreise in guten Hotels der Mittelklasse
- Halbpension
- Rundreise und Besichtigungen gemäß Programm in modernem Reisebus
- Eintrittsgelder zum Programm (Wert ca. EUR 120,- pro Person)
- Qualifizierte deutschsprachige Reiseleitung während der Rundreise
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ **Flüge**

wahlweise ab/bis Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg (je nach Verfügbarkeit, weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich)

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Versicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung.)

Reisepreis:

EUR **1.395,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer bei Zweierbelegung

Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 210,-

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt: EUR 55,- pro Person

(Diese Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



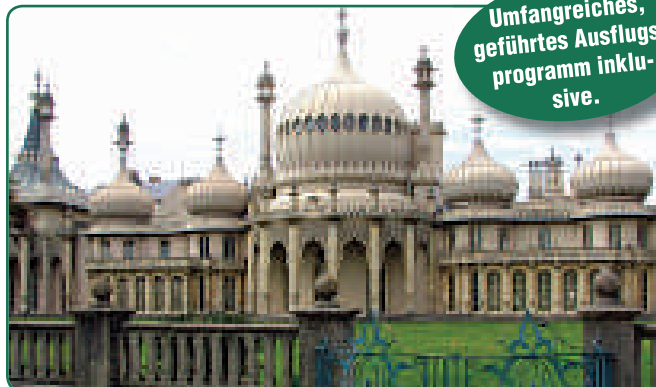
SÜD-ENGLAND



Der Süden Englands wird besonders vom Landstrich Cornwall geprägt. Die unberührte Landschaft erstreckt sich etwa 160 km in den Atlantik und genießt so ein ungewöhnlich günstiges Klima. In Deutschland wurde die Region vor allem durch die Romane von Rosamunde Pilcher bekannt.

Ihre Erlebnisreise beginnt mit einer Stadtrundfahrt in London. Dann geht es in den Süden der Insel. Sie lernen u.a. den mondänen Badeort Brighton kennen, besuchen die Kultstätte Stonehenge und passieren den Dartmoor Nationalpark. Auf Ihrem Weg begegnen Ihnen auch historische Stätten wie die „Wiege von König Artus“ in Tintagel, das mittelalterliche Schloss St. Michael's Mount und die von Römern gegründete Stadt Bath.

Und natürlich bleibt auch Zeit, um einige englische Gärten anzusehen – eine wahre Augenweide, die nicht nur Naturfreunde begeistern wird!



Umfangreiches, geführtes Ausflugsprogramm inklusive.

Beachten Sie bitte:

Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen **Personalausweis oder Reisepass**. • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 6 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 25 Personen. • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.



Flüge

ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich



Übernachtungen

in guten Mittelklasse-Hotels inkl. Halbpension



Rundreise

und Besichtigungen mit fachkundiger, deutschsprachiger Reiseleitung

Ihr Reiseprogramm:

07.08.2013: Flug vom gewählten Flughafen in Deutschland nach London-Heathrow, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Eine anschließende kurze Rundfahrt durch die Innenstadt **London** zeigt Ihnen die markantesten Sehenswürdigkeiten der Metropole – u. a. Big Ben, Buckingham Palace, Westminster Abbey und Tower Bridge.

Danach fahren Sie weiter nach **Brighton**, dem wohl beliebtesten Badeort der Londoner, gelegen an der Südküste Englands. Das legendäre Seebad präsentiert sich elegant, lebendig und kosmopolitisch. Und auch den wohl exotischsten königlichen Palast gibt es hier zu sehen. Prinz von Wales IV. ließ sich bei der Architektur des Royal Pavillon von indischen Mogulpalästen inspirieren. Es bleibt noch Zeit für einen Spaziergang an der Uferpromenade mit dem historischen Pier. Abendessen und Übernachtung im Hotel.

08.08.2013: Nach dem Frühstück verlassen Sie Brighton und fahren zunächst nach **Winchester**, wo Sie die 1079 erbaute Kathedrale besichtigen. Sie zählt zu den längsten Gebäuden Europas. Anschließend besuchen Sie die prähistorische Kultstätte von



Herrliche
Landschaft, reiche
Kultur, schöne
Erlebnisse!



Stonehenge. Der berühmte Steinkreis, der zwischen 300 und 1.500 v. Chr. erbaut wurde, gibt der Wissenschaft bis heute Rätsel auf.

Am Nachmittag besuchen Sie die **Stourhead Gardens**, Urbild der in aller Welt nachgeahmten berühmten englischen Gärten. Sehenswert ist auch das Stourhead House mit seiner eindrucksvollen Bibliothek. Sie übernachten in einem Hotel im Raum Exeter.

09.08.2013: Am Morgen besuchen Sie die Stadt **Exeter**. Hauptanziehungspunkt ist die Kathedrale, die zu den schönsten und außergewöhnlichsten Bauten Sünglands zählt. Danach fahren Sie weiter durch den **Dartmoor Nationalpark**. Immer wieder bieten sich Ihnen herrliche Landschaftspanoramen, die von sanften Hügeln und ausgedehnten Hochmoorflächen geprägt sind. Übernachtung im Hotel im Raum Newquay.

10.08.2013: Am Vormittag besuchen Sie das **Lanhydrock House**, das mit 42, im viktorianischen Stil möblierten Zimmern, und prächtigen Deckenmalereien aus dem 18. Jh. der wohl stattlichste Landsitz in Cornwall ist. Und auch die Gärten zeigen sich zu dieser Jahreszeit von ihrer schönsten

Seite. Am Nachmittag erreichen Sie die Burgruine **Tintagel**, am Rande der Steilküste. Hier soll einst die Wiege von König Artus gestanden haben. Es bleibt Zeit für die Besichtigung der Burgruinen, einen Spaziergang entlang der Klippen und zur Erkundung des nahen Ortes Tintagel. Rückkehr zum Hotel im Raum von Newquay und Übernachtung.

11.08.2013: Heute durchqueren Sie den äußersten Südwesten Englands, der durch die Erzählungen von Rosamunde Pilcher Berühmtheit erlangte. An der Mount's Bay liegt mit herrlichem Blick auf das Meer das mittelalterliche Schloss **St. Michael's Mount**. Es wurde auf einem Fels erbaut, der etwa 100 Meter aus dem Meer herausragt. Je nach Gezeiten kann das Schloss zu Fuß oder per Boot (gegen Gebühr) erreicht werden. Sie fahren weiter nach **Land's End** mit seiner subtropischen Vegetation, begünstigt durch den nahen Golfstrom. Anschließend besuchen Sie noch **St. Ives**, einen malerischen Fischerort, in dem im Sommer kein Auto fährt. Abends Rückkehr zum Hotel im Raum von Newquay und Übernachtung.

12.08.2013: Sie verlassen den äußersten Südwesten und fah-

ren entlang der Westküste in den Raum Bristol. Unterwegs besichtigen Sie den „**Lost Gardens of Heligan**“, einen der bekanntesten botanischen Gärten Großbritanniens überhaupt. Ursprünglich war er Teil des 400 ha großen Anwesens der Tremayne-Familie. Das Areal bietet durch seine Lage zwischen einem kornischem Schluchtgarten und englischem Landschaftspark ein abwechslungsreiches Szenario. Sie besuchen weiter **Prideaux Place**, ein herrschaftliches Anwesen, das seit über 500 Jahren in Familienbesitz ist und schon häufig als Spielfilmkulisse diente. Übernachtung in einem Hotel im Raum Bristol.

13.08.2013: Erste Station des heutigen Tages ist **Bath**. Die Stadt wurde von den Römern gegründet und zählt zur Weltkulturstätte der UNESCO. Das verdankt sie vor allem den aus dem 18. Jh. stammenden Straßenbögen, Arkaden und Plätzen aus honiggelbem Stein. Sehenswert sind auch die prächtigen Römischen Bäder und zahlreichen Museen, Kunstgalerien, Parks und Gärten. Ein Muss für jeden Gartenfan ist ein Besuch in **Wisley Garden**. Der über 100 Hektar große Schaugarten der traditionsreichen Royal Horticulture Society (RHS) ist in einem

waldreichen, idyllischen Flusstal angelegt. Nach einem Rundgang fahren Sie weiter in den Westen Londons, wo Sie übernachten werden.

14.08.2013: Je nach Abflugzeit fahren Sie am Vormittag zum **Windsor Castle**, eine der offiziellen Residenzen der Queen und das größte bewohnte Schloss der Welt. Seit über 900 Jahren ist es sowohl königlicher Palast als auch Festung. Sie besuchen u.a. die State Apartments und die Kapelle, in der George V. und die verstorbene Queen Mum begraben wurden. Nach der Besichtigung haben Sie noch Zeit, um das hübsche Städtchen Windsor auf eigene Faust zu erkunden. Von hier ist es auch nicht weit bis zum Örtchen **Eton**, berühmt für seine Eliteschule.

Danach fahren Sie zum Flughafen London-Heathrow, von wo aus Sie zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise zurück fliegen.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten

Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0

Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33

E-Mail: info@terramundi.de

Web: www.terramundi.de

REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH

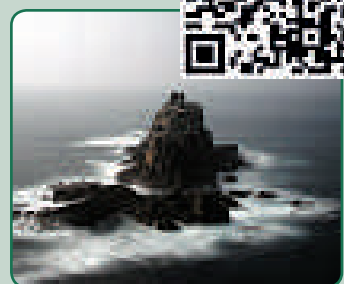
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten

Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33

E-Mail: info@terramundi.de

Web: www.terramundi.de

Mit diesem QR-Code, einem Smartphone und einer APP gelangen Sie direkt zu unserer Website.



☒ **JA**, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Sommerreise nach **SÜD-ENGLAND** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl

E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)

Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Stornobedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: SÜD-ENGLAND

Termin: 07.08. - 14.08.2013

Preise: EUR 1.395,- p. P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag
EUR 210,-

Gewünschte Flüge[†] ab/bis:

[†]wahlweise ab/bis Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg (je nach Verfügbarkeit, weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich)

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen:

DZ* = Doppelzimmer * bei Zweierbelegung

EZ = Einzelzimmer

RV = Reiserücktrittskosten-Vers.

EUR 55,- pro Person

Teiln. 1 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RV

Teiln. 2 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RV



HAUSRHEINSBERG

HOTEL AM SEE

Jetzt auch online buchen!
www.hausrheinsberg.de

KENNENLERTAGE

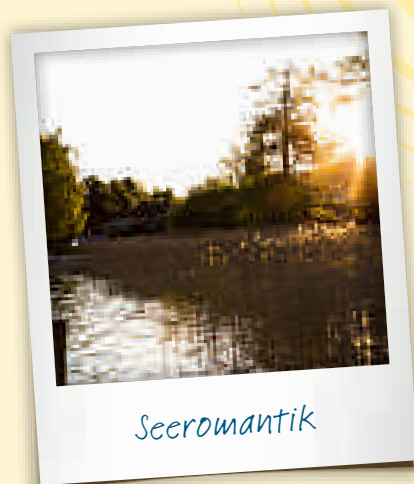
Es ist Frühling an der Seenplatte im Ruppiner Land!
 Genießen Sie bei uns die ersten Sonnenstrahlen und entdecken Sie die Naturschätze vor den Toren Berlins.

- 3 Übernachtungen inklusive Frühstück
- 1 x Hydrojet-Überwassermassage

AB 159,-€

PRO PERSON

Nebensaison zum Preis von €159,00 pro Person gültig bis 22.04.2013
 (ausgenommen Ostern) sowie 01.10. – 19.12.2013
 Hauptsaison zum Preis von €199,00 pro Person
 gültig vom 01.05. – 30.09.2013
 ohne Frühbuchervorteil



Seeromantik



Willkommen!



Schlosspark

Telefon
 033931-3440

HausRheinsberg Hotel am See | Donnersmarckweg 1 | D - 16831 Rheinsberg
 Tel. +49 (0)3 39 31 344 0 | Fax +49 (0)3 39 31 344 555
post@hausrheinsberg.de | www.hausrheinsberg.de



BARRIEREFREIE ERHOLUNG

EIN UNTERNEHMEN DER FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG

Im Aufwind

Der Rheinisch-Bergische Kreis könnte ein Modellprojekt werden für die Initiierung nachberuflicher Tätigkeiten. Die Senioren-Union mischt dabei kräftig mit.

Der demographische Wandel hat in der Bundesrepublik Deutschland viele Facetten. Dazu gehören u.a. der Rückgang des erwerbswirtschaftlich tätigen Bevölkerungsanteils, die Verlängerung der nicht erwerbswirtschaftlich geprägten Lebensabschnitte sowie der permanent wachsende Fachkräftemangel. Diese Begleiterscheinungen belasten die künftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sehr stark. Dies kann nur durch weitreichende und tiefgreifende Reformen und Neuordnungen auf und in den verschiedenen Aktions- und Lernfeldern sowie den einzelnen Lebensbereichen überwunden werden. Das gilt auch für die Verhältnisse im Rheinisch-Bergischen Kreis, östlich von Köln. Dort wurde im Jahr 2006 ein Strategieprozess initiiert, in dessen Rahmen u.a. die Projektskizze „RBK 2020“ entstand. Dort sind konkrete Möglichkeiten und Maßnahmen aufgeführt, mit denen negativen Begleiterscheinungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken ist. Dazu ge-

hört nicht zuletzt auch das von der Senioren-Union initiierte Bemühen, unbefriedigend oder nicht genutzte kreative nachberufliche Beschäftigungspotenziale einzufangen und sie dorthin zu führen, wo sie nicht nur gebraucht werden, sondern auch ausgesprochen fortschrittsfördernd, sinnerfüllend und gesellschaftsstabilisierend eingebracht werden können (vgl. Souverän 2-2012, S. 20).

Diese vorteilhaften Möglichkeiten bleiben vielfach deshalb aus, weil das „anlagewilige“ Potenzial nicht – oder nur unbefriedigend – genutzt wird. Es fehlen häufig das Wissen und die Informationen über die Möglichkeiten und Chancen, die sich anspruchsvollen nachberuflichen Aktivitäten bieten; auch sind deren Gestaltungsformen unbekannt. Das gilt ebenso für die Fragen: ob, wann und wo neuerliche Aktivitäten sinnvoll, notwendig und möglich sind. Es mangelt weiterhin an vermittelnden Kontaktbasen, Erfahrungs- und Vermittlungsbörsen, die den realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingtheiten in der Region Rechnung tragen und die Voraussetzungen entweder für eine unabhängige/eigenbestimmte Aktivität oder ein Miteinander in einem Verbundsystem bieten. Anders als bei den verschiedenen Formen der Berufsberatung und -förderung steht hier die Spurensuche, das Entdecken sowie das eigenverantwortliche, selbsterfüllende und sinnstiftende (Mit-)Gestalten im Vordergrund des Engagements. Ob diese Plattformen nun in Organisationsformen wie Gesprächs-, Förder-, Studien- oder Forschungskreisen oder ähnlichen gefasst werden: Sie müssen in jedem Fall die konkreten Probleme der Region fokussieren und personelle Schlüsselösungen begünstigen, mit denen sich die Partner identifizieren können. Die notwendige „Stimmigkeit“ ist auf regionaler Basis am ehesten zu verwirklichen.

Die Senioren-Union hält die verstärkte Förderung und Stärkung der nachberuflichen Aktivitäten im Rheinisch-Bergischen Kreis für unverzichtbar. Sie fordert die Einrichtung von Plattformen für diese bedeutsamen Transformationen auf der regionalen Ebene des Kreises.

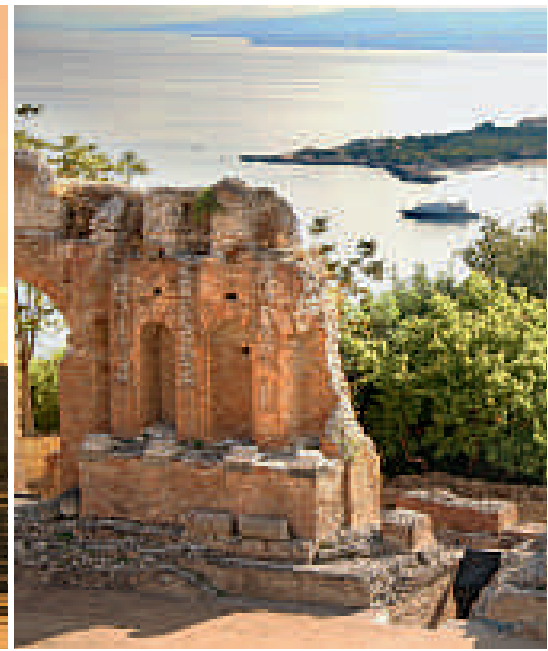
Diese sollen als bürgerschaftliche Selbsthilfe-Einrichtungen – von den maßgebenden Verbänden und Institutionen im Kreis gestützt – mit den Vertretern der Verwaltung, der Berufsorganisationen, der Arbeitsverwaltung, der Kultur- und Bildungseinrichtungen, der wissenschaftlichen Regional- und Strukturforschung, der Fachhochschule, der Sozialverbände, Kreditinstitute etc. die akuten Probleme in unserem Wirtschafts- und Lebensraum aufhellen, transparent und bewusst machen; sie sollen kreative nachberufliche Aktivitäten anziehend machen und auf dem Weg zu neuen Partnerschaften unterstützen und fördern. Anregende Gestaltungsmöglichkeiten bieten u.a. die bereits existierenden Ehrenamtsbörsen der kreisangehörigen Städte Burscheid und Wermelskirchen.

In diesem Sinne hat die Senioren-Union die Idee entwickelt, dass der Kreis die Schaffung derartiger Plattformen organisiere und alle relevanten Gruppierungen zur Unterstützung und Mitarbeit auffordere. Als Organisatoren bieten sich aufgrund ihrer Erfahrungen und Vernetzungen im hiesigen Fall die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW) und/oder das Bildungsnetzwerk des Rheinisch-Bergischen Kreises an.

Der Vorschlag ist auf Antrag der CDU dem Kreistag zugeleitet worden. Er löst erfreuliche Diskussionen aus. Die ersten Erfolge seiner Umsetzung stellen sich bereits ein. Sie zeigen einmal mehr, dass die Älteren nicht das Problem unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Heute sind, sondern ein beachtlicher Teil seiner Lösung. ■



Der Autor: **Dr. Heinz-Dieter Mundorf** war Hauptgeschäftsführer eines Wirtschaftsverbandes und übte Beratungs- und Forschungstätigkeiten aus. Er ist kooptiertes Mitglied im Kreisvorstand der SU Rheinisch-Bergischer Kreis.



GRAND HOTEL AUF SEE

Stilvolles Ambiente, vornehme Eleganz und modernste Technik machen die DEUTSCHLAND zu einem Kreuzfahrtschiff der Extraklasse. Überall an Bord spüren Sie den unnachahmlichen Charme eines klassischen Grandhotels, ein hohes Maß an Gastlichkeit und einen unauffälligen, liebevollen Service. Dafür erhält die DEUTSCHLAND regelmäßig höchste Auszeichnungen (u.a. „5-Sterne Elite“ in Koehlers Guide Kreuzfahrt 2012, „Six Star Diamond Award 2013“ der American Academy of Hospitality Sciences und „Schiff des Jahres 2012“ im Schlummer Atlas).

UNSER SOUVERÄN-SPECIAL: 5% Preisnachlass auf die Passage.

5% Frühbucherrabatt auf Reise 448, bis 05.04.13

5% Frühbucherrabatt auf Reise 449, bis 12.04.13

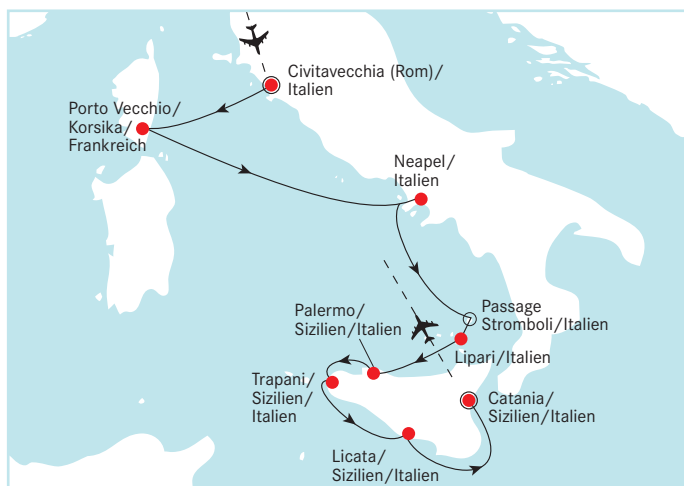
TREUERABATT:

Für Kunden, die schon öfter mit der Reederei Peter Deilmann gefahren sind. Bitte fragen Sie uns nach dem Treuerabatt.

LA DOLCE VITA & VULKANE

448 VON CIVITAVECCHIA NACH CATANIA

05.10.2013 – 12.10.2013



Zu Beginn Ihrer Kreuzfahrt mit der DEUTSCHLAND begeistern Sie die Wälder Korsikas, am nächsten Tag die Traumküsten bei Amalfi. Ihr Traumschiff passiert den Stromboli, den aktivsten Vulkan der Erde. Er speit unaufhörlich Asche, und Feuerfontänen sind seine Sprache. Dort erleben Sie die Kraft der Natur hautnah. Lipari im Herzen der Äolischen Inseln zeigt die schöne Seite des Vulkanismus: fruchtbare Täler und immergrüne Pinienwälder. Sizilien von seiner schönsten Seite, nämlich im Schatten des Ätna, das erwartet Sie in Palermo und Trapani. Bevor Ihre Reise in Catania endet, besuchen Sie Licata, das sehenswerte Seebad an Siziliens Südküste. Einem unbeschwerten Tag, zum Shopping oder Flanieren, steht nichts im Wege.

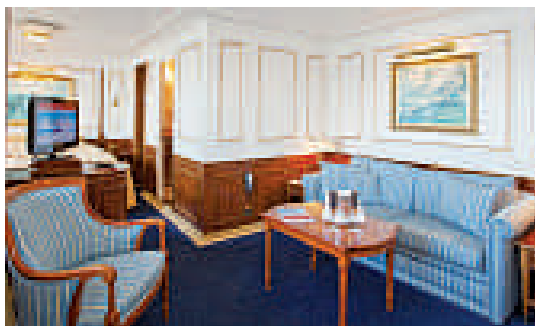
inkl. Flüge ab/an Deutschland

8 TAGE, 2-BETT-KABINE PRO PERSON AB € 2.550,-



Reederei Peter Deilmann GmbH

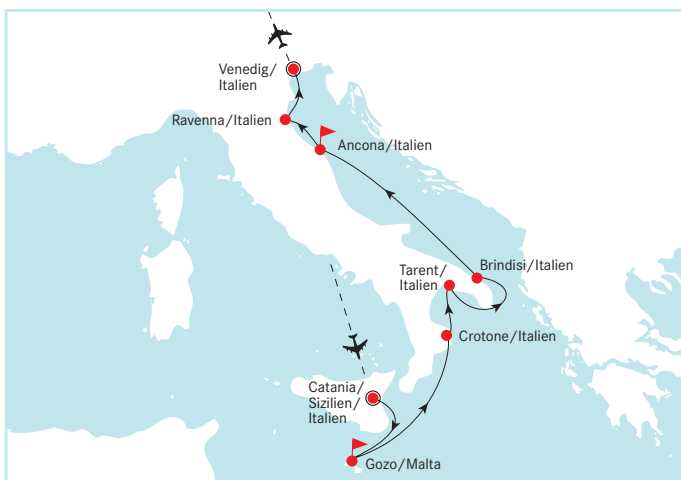
UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:
5% PREISNACHLASS AUF DIE PASSAGE



GOLDENE KÜSTEN IM ADRIATISCHEN MEER

449 VON CATANIA NACH VENEDIG

12.10.2013 – 21.10.2013



Fast noch sommerliche Temperaturen erwarten Sie bei Ihrer Ankunft in Catania auf Sizilien. Den Ätna sehen Sie von den Außendecks der DEUTSCHLAND aus am besten! Die „kleine Schwester“ der großen Insel Malta wird Gozo von den Einheimischen genannt.

In den nächsten Tagen fahren Sie um den Absatz des italienischen Stiefels und zu den schönen Zielen Crotona, Tarent und Brindisi. Sie haben die Wahl zwischen dem Charme Kalabriens, den herrlichen Landschaftsbildern rund um das Mare Piccolo und den Trullis in Alberobello. Die Renaissancestadt Urbino und die spektakulären Frasassihöhlen gehören zu den schönsten Zielen, die Sie während Ihrer Kreuzfahrt erleben können, bevor das Traumschiff die Lagunenstadt Venedig erreicht.

inkl. Flüge ab/an Deutschland

10 TAGE, 2-BETT-KABINE PRO PERSON AB € 3.050,-

PREISE PRO PERSON IN EURO

Kat.	Kabine	Deck	448	449
A	Kabinett	2-Bett-innen	4	2.550,- 3.050,-
B	Kabinett	1-Bett-innen	4	2.850,- 3.420,-
C	Komfort	2-Bett-außen	4	3.040,- 3.620,-
D	Komfort	1-Bett-außen	4	3.650,- 4.490,-
E	Klassik	2-Bett-außen	4	3.510,- 4.260,-
F	Kabinett	1-Bett-innen	5	3.370,- 4.080,-
G	Komfort	2-Bett-außen	5	3.650,- 4.440,-
H	Klassik	2-Bett-außen	5	3.930,- 4.800,-
I	Klassik	2-Bett-außen	7	4.350,- 5.340,-
K	Klassik	2-Bett-innen	8	3.090,- 3.720,-
M	Klassik	2-Bett-außen	8	4.550,- 5.600,-
N	Luxus	2-Bett-außen	8	4.970,- 6.140,-

Auch als Kombireise buchbar – ab € 4.730,-
5% Frühbucherrabatt bis 05.04.2013

BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise eine Kabine:

☐ La Dolce Vita & Vulkane
Civitavecchia – Catania (05.10.-12.10.13)

☐ Goldene Küsten im Adriatischen Meer
Catania – Venedig (12.10.-21.10.13)

Name/Vorname _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Telefon/E-Mail _____

☐ 2-Bett-Kabine ☐ Einzelkabine Deck _____ Preis pro Person _____

Bitte diesen COUPON ausschneiden und einsenden an:

Kleinmoor-Kreuzfahrten • Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at • Tel. Information: (04298) 417660

Die Notenbanken und das liebe **Geld**

Pumpt die EZB zu viel Geld in die Märkte? Das Geldmengenwachstum gibt Anlass zur Kritik ...

„Ideen sind das Geld von morgen“, so warb der Art Directors Club Deutschland im vergangenen Jahr für sein Festival, das passenderweise in der Notenbankenstadt Frankfurt stattfand. Mit dieser Aussage liegen die leitenden Kreativen jedoch falsch. Geld erfüllt bestimmte, klar definierbare Funktionen. Zum Beispiel ist es ein Tauschmittel. In einer Wirtschaft mit Arbeitsteilung stellen die Menschen nicht alle Güter, die sie konsumieren möchten, selbst her. Arbeitsteilung führt zu effizienzsteigernden Innovationen. Produktivität und Ertrag steigen. Der begabte Automobil-Designer zum Beispiel konzentriert sich darauf, neue windschnittige und gefällige Autokarosserien zu entwerfen. Fährt er jedoch bei der Tankstelle vor, wird er mit dem Vorschlag „ein neues ansprechendes Design für die Zapfstelle“ gegen einen „vollen Tank Super E10“ zu tauschen, nicht weit kommen. Der Tankwart wird lieber Euroscheine zählen. Geld tritt in den wirtschaftlichen Produktions- und Tauschvorgängen zwischen die Waren, ohne diese Vorgänge grundsätzlich zu verändern. Die klassischen Ökonomen sprachen von einem „monetären Schleier“, der sich über die realen Tauschprozesse legt. Geld dient außerdem der Wertaufbewahrung und als Rechenmaß, mit dem sich die vielen Preise für Güter und Dienstleistungen praktisch ausdrücken lassen. Ideen sind dafür nicht praktikabel. Ist die Idee einmal bekannt, taugt sie weder zur Wertaufbewahrung noch zum Tausch, denn jeder kann sie nutzen. Klar ist natürlich, dass neue Ideen wirtschaftliche Innovationen auslösen und damit den realen Wohlstand erhöhen können. Mit demselben Arbeits- und Kapitaleinsatz werden dann mehr Güter produziert. Reale Einkommen, Kaufkraft und Konsum nehmen zu.

Für die Produktion von Nominalgeld sind Notenbanken zuständig. Europäische Zentralbank (EZB), Bundesbank und Co küm-

mern sich jedoch nicht nur um Bargeld. Die Guthaben der Banken bei den Notenbanken zählen ebenfalls zum sogenannten Zentralbankgeld. Auch die Guthaben der Bankkunden weisen die Eigenschaften von Geld auf. Die Frage, wie viel Geld sich überhaupt im Umlauf befindet, ist für die Notenbank, d.h. in der Eurozone den EZB-Rat, nur schwer zu beantworten. Die Fachbegriffe heißen M1, M2 und M3 und

der Währung. Für die EZB ist die Zielgröße der harmonisierte Konsumentenpreisindex. Er drückt die Kosten eines Warenkorbes mit Konsumgütern in Euro aus und soll nicht mehr als 2 Prozent pro Jahr zunehmen. Dieses Ziel gilt für das Preisniveau insgesamt, nicht für die relativen Preise einzelner Wirtschaftsgüter, die je nach Angebot und Nachfrage schwanken sollen. Ist Benzin knapp, aber Brot reichlich im An-



weisen je nach Definitionslinie, die man zwischen Wertpapieren und liquide zur Verfügung stehenden Geldbeständen zieht, ganz unterschiedliche Größen auf. Die Notenbank von heute hat nicht die Aufgabe, die Geldmenge zu regulieren. Sie soll den Wert des Geldes stabilisieren: den Preis der Wirtschaftsgüter ausgedrückt in

gebot, fällt der relative Preis des Brotes: Im Tausch gegen ein 1000-Gramm-Brot erhält man weniger Benzin.

Knappheit bestimmt nicht nur den Wert der einzelnen Wirtschaftsgüter, sondern auch den Nutzen des Geldes. Schließlich muss sich der Verkäufer einer Ware darauf verlassen können, dass er das erhaltene

Geld in Zukunft wieder zum Kauf von Waren einsetzen kann – ohne große Verluste. Je mehr Preissteigerung eine Notenbank zulässt, umso eher bringt sie diesen Nutzen in Gefahr und umso weniger Geld will der Einzelne halten. Kommt es zu hoher Inflation oder gar Hyperinflation, treten schnell andere Produkte an die Stelle des Geldes – staatliches Geldmonopol hin oder her. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erfüllten zum Beispiel Zigaretten die Tausch- und Wertaufbewahrungsfunktion besser als Papiergeld.

Das Instrument, mit dem Notenbanken üblicherweise die Inflation kontrollieren, ist der Notenbankzins. Diesen Zinssatz

passtem Preisniveau. Das Potenzial ist nicht beobachtbar und muss empirisch geschätzt werden. Parallel erfolgt eine Schätzung der natürlichen Arbeitslosen- bzw. Beschäftigtenquote, die mit dem Potenzialoutput übereinstimmt. Derartige Schätzungen gehören zu den Standardaufgaben volkswirtschaftlicher Abteilungen in Notenbanken, Finanzministerien und internationalen Organisationen wie der Europäischen Kommission. Die Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzial, die „Outputlücke“, spielt in der Inflationsprognose eine zentrale Rolle und damit auch in der praktischen Geldpolitik, die versucht, Schwankungen in der Inflationsrate zu vermeiden.

zen dabei Forschungsergebnisse von Athanasios Orphanides, einem ehemaligen EZB-Ratsmitglied, der entdeckte, dass die US-Notenbank die Outputlücke in den 1970er Jahren wiederholt falsch einschätzte und so eine hochinflationäre Geldpolitik rechtfertigte. Wir zeigen, dass Politikfehler aufgrund solcher Fehleinschätzungen vermieden werden können, wenn die Notenbank einem anhaltenden Anstieg des Geldmengenwachstums entgegensteuert. Dazu verwenden wir dasselbe neu-keynesianische Modell wie Woodford, berücksichtigen jedoch, dass Schätzungen des Potenzials und der Outputlücke äußerst unsicher sind. Wir liefern damit eine wissenschaftliche Begründung für das „cross-checking“ mit monetären Trends bei der EZB.

„Zumindest aus heutiger Sicht ist klar, dass die EZB ...
eine exzessive Kreditvergabe der Banken befördert
und zu den übertriebenen Immobilienbooms in
Spanien und Irland beigetragen hat.“

verlangt die Notenbank von Banken für einen Notenbankkredit. Er beeinflusst wiederum die Zinsen, die Banken von ihren Kreditkunden verlangen, die Geldmenge, die im Umlauf ist, und über das Preissetzungsverhalten der Unternehmen wiederum die Inflation. Um diese Zusammenhänge zu verstehen, muss man sich die Wirkung der Geldpolitik auf die realwirtschaftlichen Investitionen, Produktion und Beschäftigung genauer anschauen.

Empirische Forschung hat gezeigt, dass das Preisniveau nicht sofort auf geldpolitische Änderungen reagiert. Deshalb beeinflusst eine Zinsänderung der Notenbank temporär auch die Realwirtschaft, d.h. die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Die klassische Sichtweise, dass Geld lediglich ein Schleier über den realwirtschaftlichen Prozessen ist und diese nicht beeinflusst, gilt nur längerfristig, wenn sich das Preisniveau voll angepasst hat. Die heute vorherrschende Richtung in der Theorie der Geldpolitik ist deshalb der Neu-Keynesianismus. In der längerfristigen Analyse stimmte er mit der klassischen Theorie überein, berücksichtigt aber auch die temporäre Wechselwirkung zwischen Geldpolitik und Realwirtschaft.

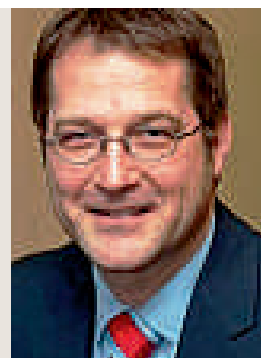
Neu-keynesianische Modelle unterscheiden zwischen einem langfristigen Potenzialniveau des Wirtschaftsausgangs und dem aktuellen Wert bei nicht vollständig ange-

Die Geldmenge tritt bei den Neu-Keynesianern in den Hintergrund. Einer ihrer führenden Vertreter, Michael Woodford, Professor an der Columbia-Universität in New York, zog bereits 2006 den Schluss, dass die Messung der Geldmenge und die Analyse der Faktoren, die das Geldmengenwachstum bestimmen, keine besondere Bedeutung für die Geldpolitik haben. Die Entwicklung der Geldmenge sei primär durch Änderungen der Geldnachfrage getrieben und sage wenig darüber aus, ob das Geldangebot konsistent mit stabilen Preisen sei. Woodford übte harsche Kritik an der Zwei-Säulen-Strategie der EZB. Ihre sogenannte „ökonomische“ Analyse sei zwar konsistent mit dem neu-keynesianischen Ansatz, nicht aber die „monetäre“ Säule. Während die EZB im Rahmen der ersten Säule Angebot und Nachfrage an Güter- und Arbeitsmärkten analysiert, setzt sie mit der „monetären“ Analyse zusätzlich auf eine Gegenprüfung („cross-checking“) der Inflationsprognose anhand von längerfristigen monetären Trends. 2004 begründete der damalige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet damit eine Zinserhöhung – und stellte sich gegen den Rat vieler Experten und internationaler Institutionen.

In einer Reihe von wissenschaftlichen Publikationen haben Günter Beck (Universität Siegen) und ich seit 2006 eine Gegenposition zu Woodford aufgebaut. Wir nut-

Hat die EZB vor der Finanzkrise also alles richtig gemacht hat? Nein. Sie hat zwar den stetigen Anstieg des Geldmengenwachstums thematisiert und damit Zinserhöhungen begründet, aber sie hat die Zinsen nicht genug erhöht, um den Anstieg des Geldmengenwachstums zu bremsen. Zumindest aus heutiger Sicht ist klar, dass die EZB damit eine exzessive Kreditvergabe der Banken befördert und zu den übertriebenen Immobilienbooms in Spanien und Irland beigetragen hat. An den Konsequenzen leidet die Eurozone noch heute. Während die Geldmenge schon vor Beginn der Finanzkrise Alarmsignale lieferte, gaben Schätzungen der Outputlücke damals keinen Anlass zur Sorge. Wie eine aktuelle Arbeit von Orphanides und mir zeigt, war die Wirtschaft nach damaliger Schätzung der Europäischen Kommission im Gleichgewicht. Heute verfügbare Schätzwerte der Outputlücke in 2006 und 2007 enthüllen jedoch eine gefährliche Überhitzung der Konjunktur vor Beginn der Finanzkrise. Daran zeigt sich, dass der Messung und Analyse des Geldmengenwachstums in der Zukunft wieder eine größere Rolle in der geldpolitischen Strategie zugewiesen werden sollte. ■

Der Autor: **Prof. Volker Wieland, Ph.D.**, ist Professor für Monetäre Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability.





Interview:

Einwanderung ist **kein Testbetrieb** für das Sozialsystem

Seit Monaten steht das Buch des Berliner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky – „Neukölln ist überall“ – an der Spitze der Bestsellerlisten. Der Autor ist dafür bekannt, soziale und gesellschaftliche Missstände beim Namen zu nennen. Souverän sprach mit dem kantigen Sozialdemokraten.

Souverän: Herr Buschkowsky, Sie fordern seit langem, dass es weniger political correctness geben sollte im Zusammenhang mit Integrationsproblemen. Sehen Sie in Deutschland immer noch eine Tendenz zur Beschwichtigung statt klarer Beschreibung von Realitäten?

Buschkowsky: Aus meiner Sicht gibt es eine Mischung aus Ignoranz und Schönreden. Sich mit gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, sozialen Schiefen, Versagen unseres Bildungssystems, der teilweisen Verwahrlosung des öffentlichen Raums, dem Entstehen von Brennpunktlagen und dem Auseinanderdriften unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen macht nicht wirklich Spaß. Das sind unangenehme Themen, vor denen sich die Politik

gerne drückt. Je weiter der Einzelne von einem bestimmten Problem entfernt ist, desto mehr beruhigt ihn die Beschwichtigung. Im Grunde genommen liebt die Gesellschaft Placebos, und es gibt die alte Weisheit: „Kassandra wählt man nicht.“ Kommen die Sorgen bereitenden Dinge jedoch näher oder dringen sogar in das eigene Lebensumfeld ein, umso mehr beginnen sie, den Bürgern unter den Nägeln zu brennen. Nur: Warum lassen wir es immer so weit kommen?

Wegschauen hat noch nie ein Problem gelöst, und der Reparaturbetrieb wird immer teurer als eine vorausschauende und vorbeugende Politik. Der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn hat uns schon 1979 vorhersehbare Entwicklungen in der Integrationspolitik ins Stammbuch geschrieben, die uns heute fürchterlich „überraschen“. Politiker spielen eben lieber Weihnachtsmann und wollen von der Bevölkerung gemocht werden. Da mogelt man sich gerne um nicht so angenehme Themen herum.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Problemgruppen?

Es ist aus meiner Sicht falsch, einzelne Gruppen von Menschen oder Ethnien zu Sündenböcken zu stempeln. Ich glaube auch nicht, dass es genetisch bedingt kluge und dumme Völker gibt. Die Natur gibt uns zwar unterschiedliche Veranlagungen mit, wie sich diese entwickeln und was wir daraus machen, das wird von der Sozialisation des Einzelnen geprägt. Von seiner Erziehung, seiner Schulbildung, seinen sozialen Beziehungen, seinen Lebenserfahrungen und vor allen Dingen dem Wertesystem der Gesellschaft, in die er hineingeboren wurde, bzw. in der er lebt. Wer in diktatorischen, feudalen Sozialräumen aufwächst, in denen es weder Freiheit, Gleichheit noch Solidarität gibt, der kann

mit den Werten des Humanismus und der Aufklärung von allein wenig anfangen. Bildungsferne, aber auch religiöser Dogmatismus führt zum ideologischen Verrennen und versperrt den Blick auf die wirklichen Werte eines kulturvollen, selbstbestimmten Lebens. Nicht umsonst gibt es das augenzwinkernde Gebet „Herr, wirf Hirn vom Himmel“.

Bei meinen Reisen durch Deutschland und europäische Großstädte mit starker Einwandererbevölkerung habe ich immer wieder festgestellt, dass Asozialität und Kriminalität unethnisch sind. In der Stadt ist es die Volksgruppe, in der nächsten Stadt eine andere. Die Probleme hängen so gut wie immer ursächlich mit dem Bildungsgrad zusammen. An Gymnasien gibt es eben nur einen Bruchteil von Schwänzen und Schlägern.

Sie haben vor diesem Hintergrund den Begriff der „aktiven Integration“ geprägt. Was genau verstehen Sie darunter?

Eine Gesellschaft darf sich nicht beobachtend in den ersten Rang setzen und interessiert zuschauen, wie die Dinge sich so entwickeln. Sie muss den Anspruch haben, zu gestalten, die Leitlinien im Interesse der Allgemeinheit zu setzen und auch dafür sorgen, dass diese durchgesetzt werden. Wer Werte und Normen auf dem Altar der Beliebigkeit opfert, der muss sich nicht wundern, dass sie von niemandem ernst genommen werden. Auf unser Thema bezogen, bedeutet das: Wenn die Gesellschaft an die Einwanderer die Forderung nach Integration nicht stellt, darf sie nicht überrascht sein, wenn ihr viele auch nicht nachkommen. Ich rede einer intervenierenden Gesellschaft das Wort.

Die Demokratie ist eine sehr anstrengende Staatsform. Sie geht vom aktiven, mündigen Bürger aus. Wir haben aber mitnichten



Neue Wege in Rotterdam:

Mit Graffiti besprühte Autos sorgten im Sommer 2012 an prominenten Plätzen in Rotterdam für Aufmerksamkeit bei Einheimischen und Touristen. Die ungewöhnliche Aktion gegen Autodiebstahl wurde von der Polizei initiiert, um die Bevölkerung auf Methoden zur Verhütung von Verbrechen aufmerksam zu machen. Die urbane Einmischung sorgt dafür, dass die Kampagne auf der Straße kommuniziert wird – eben dort, wo sich die Hauptzielgruppe befindet.

Die Aktion ist eine Fortführung von 10.000 Eyes, einer Kampagne gegen Ladendiebstahl im Jahre 2011. Dabei wurden Augen auf die Straße gemalt und Aufkleber verteilt, um den Menschen vor Augen zu führen, wie wichtig es ist, aufeinander zu achten und als Gemeinschaft zusammenzuhalten. Während der vier Monate, die das Projekt lief, gab es keinen einzigen Ladendiebstahl, zuvor hatte es im selben Zeitraum acht solcher Delikte gegeben. Quelle: labkultur

diesen Idealzustand bereits erreicht. An so mancher Stelle ist das noch eine Baustelle. Deshalb muss die Gesellschaft eingreifen, dort, wo Dinge aus dem Ruder laufen und letztlich zum Schaden an der Allgemeinheit führen. Ein schönes Beispiel ist die Schulpflicht. Eltern, die sich nicht um den Schulbesuch ihrer Kinder kümmern, versündigen sich nicht nur an der Zukunft der Kinder, sondern ihr Verhalten ist auch ursächlich für die Folgen eines verpuschten Lebens. Nicht alle Schulschwänzer werden Intensivtäter, aber alle Intensivtäter waren Schulschwänzer.

Die Gemeinschaft erzwingt von uns allen jeden Tag regelkonformes Verhalten auch mit der Androhung von Repressionen. Wir bleiben an einer roten Ampel nicht stehen, weil wir eine Farbphobie haben, sondern um 150 Euro Bußgeld und drei Punkte in Flensburg zu vermeiden. Die Gemeinschaft hat auch die Aufgabe, den Einzelnen zu schützen. Deswegen liegt bei uns das Gewaltmonopol beim Staat. Er muss es dann aber auch nutzen, um die Störer des sozialen Friedens in ihre Schranken zu weisen. Sonst verliert er seine Glaubwürdigkeit als Garant dafür, dass er den Bürgern unter seinem Dach ein Leben in Ruhe und Frieden sichert.

Aktive Integration heißt, dass beide Beteiligte – Einwanderer wie Aufnahmegesellschaft – sich bewegen müssen. Wer seine Heimat verlässt, tut es auf der Suche nach mehr Freiheit oder mehr Wohlstand für sich und seine Familie. Nicht, weil es ihm zu Hause so gutgeht, dass er es nicht mehr aushalten kann. Wer sich in einen anderen Kulturkreis begibt, weiß, dass er auf andere Lebensregeln und andere Normen der Gesellschaft stoßen wird. Er muss sich vorher entscheiden, ob er diese Regeln auch für sich und sein Leben bereit ist zu übernehmen. Einwanderer haben eine Bringschuld in der Form, dass sie einen Integra-

tionswillen mitbringen müssen, dass sie Teil der neuen Gemeinschaft werden wollen und dass sie zum Wohl ihrer neuen Heimat ihre Kompetenzen einbringen werden.

Einwanderung muss eine Gesellschaft stärken, ihr Impulse geben, sie inspirieren und bereichern. Kurz: sie voranbringen. Sie ist nicht der Testbetrieb für das Sozialsystem. Die Gesellschaft muss für den Prozess der Integration neuer kultureller Einflüsse offen sein. Sie muss Rahmenbedingungen für die Aufnahme schaffen, die es dem Einzelnen erleichtern, Fuß zu fassen. Man mag es Toleranz oder Willkommenskultur nennen. Auf jeden Fall aber heißt Integrationsbereitschaft nicht, dass sich die Hinzukommenden ihrer selbst berauben sollen oder müssen.

Sie haben sich in Rotterdam Konzepte gegen Problemkiese angeschaut. Können wir in Deutschland davon lernen?

Ich glaube, dass die Niederlande im Moment die fortschrittlichste, engagierteste, aber auch konsequenteste Integrationspolitik in Europa betreiben. Im Land ist sicher die Stadt Rotterdam der Motor dieser Bewegung. Fast 60 Prozent der Einwohner haben dort Wurzeln, die nicht niederländisch sind. Der Bürgermeister Ahmed Aboutaleb ist Marokkaner und Sozialdemokrat. Er ist ein Mann sehr klarer Ansagen. Gegen ihn bin ich ein Weichei. Seine Grundthesen lauten, dass jeder Mensch Kompetenzen hat, die er zum Wohl der Gemeinschaft nutzen muss. Tut er es nicht, verletzt er den Vertrag gegenseitiger Solidarität. Eltern, die sich nicht um den Schulbesuch ihrer Kinder kümmern, verstoßen gegen den Vertrag genauso wie junge Leute, die sich dem dortigen Jobcenter verweigern. Solches Verhalten bleibt in Rotterdam nicht ohne Einfluss auf die Sozialleistungen.

Der Niedergang eines Stadtteils beginnt mit der Verwahrlosung des öffentlichen Raumes. Deshalb kümmern sich spezielle Beauftragte des Bürgermeisters um das äußere Erscheinungsbild der Stadt. Müllberge auf den Straßen, zerkratzte Scheiben, zerschnittene Sitze in den öffentlichen Verkehrsmitteln, besprühte Häuser – in Rotterdam Fehlanzeige. Der eine oder andere bei uns wird das spießig finden. Aber wer die Entwicklung Rotterdams von einer Stadt der Kriminalität und der Angst zur vorbildlichen Integrationsmetropole in den letzten zehn Jahren mitverfolgt hat, der wird ein so kleines Karo nicht anlegen. „Ich diskutiere mit niemandem die Gesetze unseres Landes. Wer mit ihnen nicht klarkommt, dem helfe ich gern beim Kofferpacken.“ Das ist wohl die härteste Botschaft eines Mannes, der in meinen Augen der bemerkenswerteste Kommunalpolitiker Europas ist. ■



Versorgung im ländlichen Raum:

Von der Notwendigkeit eines Politikwechsels

Die Zukunftsfähigkeit im ländlichen Raum sichern ist eine politische Herausforderung. Was ist zu tun, damit der Landarzt auch künftig praktizieren kann?

Viele ländliche Regionen Westdeutschlands zählten über Jahrzehnte zu den Gewinnern des wirtschaftlichen Strukturwandels. Sie wiesen ein, gemessen am westdeutschen Durchschnitt, überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaftsleistung und Beschäftigung auf und profitierten von Zuwanderungen aus den Verdichtungsräumen. In sozialwissenschaftlichen Studien konnte gezeigt werden, dass sich „städtische“ und „ländliche“ Lebensweisen immer mehr angenähert haben, und aktuelle Umfragen belegen, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit in Landgemeinden sogar höher ist als die der Großstadtbewohner.

So muss es zunächst verwundern, wenn die Entwicklung im ländlichen Raum in

der öffentlichen Diskussion zuletzt mit immer drastischeren Begriffen beschrieben wird. Da ist von „Landflucht“ und „Dorfersterben“ oder gar von „Verödung“ des ländlichen Raums die Rede. Ist dies in erster Linie Ausdruck einer „urbanophilen“ Stimmungslage, die unsere Gesellschaft in der jüngeren Vergangenheit ergriffen zu haben scheint? Äußert sich die offensichtliche „Konjunktur des Städtischen“ in einer überkritischen Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Realität ländlichen Lebens?

Tatsache ist, dass sich in den vergangenen zehn Jahren bemerkenswerte raumstrukturelle Trendveränderungen zu Lasten des ländlichen Raums vollzogen haben. Dies äußert sich in erster Linie in verstärkten Wanderungsverlusten ländlicher Gemeinden insbesondere bei jüngeren Altersjahren, welche die ohnehin vielerorts bereits negative natürliche Bevölkerungsbilanz überlagern und im Ergebnis zu deutlichen Bevölkerungsverlusten führen. Während die wirtschaftsstarke Verdichtungsräume ein anhaltendes Bevölke-

rungswachstum verzeichnen, wird der demographische Wandel im ländlichen Raum mit voller Wucht spürbar.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielschichtig. Eine Erklärung verweist auf die immer stärkere Bedeutung des Wissens in unserer Gesellschaft. Attraktive Arbeitsplätze in Dienstleistung, Handel oder Forschung entstanden in den vergangenen Jahren verstärkt in großen Städten, weniger in ländlichen Regionen. Auch die Akademisierung der Bildung hat dazu geführt, dass jüngere Menschen häufiger in die Metropolen ziehen, um dort ein Hochschulstudium aufzunehmen. Schließlich kann auch von einem kulturellen Bedeutungsgewinn der großen Städte gesprochen werden, verbunden mit einer positiveren Bewertung dieser als Wohn- und Investitionsstandort.

Zwar haben demographische Schrumpfungsprozesse in den meisten Landgemeinden mitnichten bereits zu Verödungsphänomenen geführt. Ein zu erwartendes längeres Anhalten von Bevölkerungsrückgängen konfrontiert die Politik und Zivilge-

sellschaft aber bereits mittelfristig mit erheblichen Herausforderungen. Diese betreffen die Sicherung der Fachkräfteverfügbarkeit, den Umgang mit leerstehenden Immobilien oder auch die Bewahrung einer nachfragegerechten Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen bei rückläufiger Nachfrage.

Wie kann die Politik auf diese Herausforderungen reagieren? Wie kann der ländliche Raum einer in Zukunft geringeren und deutlich älteren Bevölkerung gute Lebensperspektiven bieten?

Gefordert ist eine umfassende Neuorientierung der Politik für den ländlichen Raum. Wie dieser Politikwechsel aussehen könnte, soll im Folgenden in fünf Punkten skizziert werden.

1) Anpassen statt entgegenwirken:

Die Ländliche Struktur- und Entwicklungspolitik hat über Jahrzehnte das vorrangige Ziel verfolgt, strukturschwachen Regionen den „Anschluss nach oben“ zu ermöglichen. Eine primär wachstumsorientierte Politik, die darauf abzielt, Bevölkerungsrückgängen und wirtschaftlicher Stagnation mit Wachstumsanreizen (z.B. der Verbesserung der regionalen und lokalen Infrastruktur) entgegenzuwirken, ist jedoch in Regionen mit starken Schrumpfungsprozessen nicht erfolgversprechend, angesichts leerer Staatskassen nicht einmal mehr möglich. Erforderlich sind vielmehr Konzepte, die eine örtliche Anpassung an veränderte demographische, wirtschaftliche und fiskalische Realitäten ermöglichen. „Anpassung“ bedeutet dabei, bestehende Strukturen und Systeme auf Bedingungen einer schrumpfenden Bevölkerungsbasis einzustellen. Ansatzpunkte einer solchen Politik bieten sich beispielsweise in der Dezentralisierung, Mobilisierung und Flexibilisierung von Dienstleistungen. Auch der Umbau und Rückbau von Bestandsgebäuden sollten zukünftig gegenüber Neubauvorhaben priorisiert werden.

2) Ländliche Zentralorte stärken: Studien zeigen, dass insbesondere kleine Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur unter Abwanderungstendenzen ihrer Bevölkerung leiden. Demgegenüber stellen sich ländliche Mittelstädte als deutlich robuster dar. Zu stärken ist ein Netz leistungsfähiger Mittelstädte, in denen attraktive Bildungs-, Forschungs- und Kultureinrichtungen mit verantwortbaren Vorhaltungskosten angeboten werden können. Wenn im Übergang zur Wissensökonomie Bildung zum entscheidenden Produktionsfaktor wird, sind solche Standorte zu stärken, an denen die Weitergabe von Wissen und die Diffusion von Innovationen aufgrund der räumlichen Nähe von Wissensträgern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und betrieblichen FuE-Abteilungen einfacher vonstattengeht – dies sind primär die Mittelstädte mit ihren Fachhochschulen und Berufsschulen. Investitionen in die Infrastruktur dieser Standorte sollten daher Vorrang gegenüber ländlichen Kleingemeinden haben.

3) Kooperation statt Wettbewerb: Die äußerst komplexen Aufgaben im Umgang mit demographischen Schrumpfungsprozessen werden von den meisten ländlichen Gemeinden nicht alleine bewältigt werden können. Dem immer noch verbreiteten „Kirchturmdenken“ lokaler Entscheidungsträger muss zukünftig eine stärker kooperativ angelegte Politik entgegengehalten werden. Insbesondere bei der Anpassung der Infrastruktur bedarf es geeigneter interkommunaler Abstimmungen. So könnten in Zukunft Kultur- und Freizeiteinrichtungen von mehreren benachbarten Gemeinden gemeinsam betrieben und finanziert werden. Auch in der Abstimmung der Siedlungsflächenausweisung und Einzelhandelspolitik ist verstärkte Kooperation dringend erforderlich.

4) Zivilgesellschaft mobilisieren:

Wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge werden zukünftig nicht mehr allein von Staat, Gemeinden oder privatwirtschaftlich agierenden Infrastrukturbetreibern getragen werden können. In die zu erwartenden Lücken im Versorgungsangebot können aber zivilgesellschaftliche Akteure stoßen. Von Vereinen bewirtschaftete Sportanlagen, kommunale Bürgerbusse oder Bildungspatenschaften seien hier beispielhaft angeführt. Die Aktivierung solchen zivilgesellschaftlichen Engagements ist gerade für ländliche Räume mit ihren

engen sozialen Netzwerken eine große Chance. Die kommunale Politik kann dies als Impulsgeber, Moderator und Unterstützer zivilgesellschaftlicher „Auffangreaktionen“ unterstützen.

5) Langfristig denken und frühzeitig

agieren: Demographische Schrumpfung ist kein abrupt auftretendes Phänomen. Bei einsetzenden Bevölkerungsverlusten nehmen die Haushaltszahlen regelmäßig noch zu, und auch die anhaltende Wohnbautätigkeit kann die Illusion nähren, dass Bevölkerungsverluste nur eine vorübergehende Entwicklungsphase darstellen. Die Erfahrungen in Regionen, die schon früher rückläufige Bevölkerungszahlen aufwiesen, zeigen, dass es ratsam ist, sich frühzeitig mit dem insgesamt gut prognostizierbaren demographischen Entwicklungspfad einer Region oder einer Kommune und seinen erwartbaren Folgen auseinanderzusetzen. Die Landes-, Regional- und Kommunalpolitik sollte daher bereits in einem frühen Stadium absehbare demographische Perspektiven und ihre möglichen Implikationen offensiv und öffentlichkeitswirksam kommunizieren. Langfristig orientierte Entwicklungskonzepte sind dabei von erheblicher Bedeutung, denn heute müssen Entscheidungen über neue Siedlungsflächen oder Infrastrukturinvestitionen getroffen werden, die über Jahrzehnte im Raum wirksam sind.

Abschließend sei festgehalten, dass es im Umgang mit demographischen Veränderungen im ländlichen Raum keine Patentrezepte gibt. Jede Region und Gemeinde wird ihren eigenen Weg finden müssen, orientiert an den jeweiligen Ausgangsbedingungen und Handlungsmöglichkeiten. Von entscheidender Bedeutung wird sein, unter Einbeziehung der Bürgerschaft ohne Vorbehalte über die demographische Zukunft einer Gemeinde, die zu erwartenden negativen wie auch positiven Folgen und geeignete Anpassungsstrategien nachzudenken. Je früher und umfassender dies erfolgt, desto höher sind die Chancen, Zukunftsfähigkeit im ländlichen Raum zu sichern. ■

Weitere Infos: www.uni-stuttgart.de/ireus
www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/

Der Autor:
Prof. Dr. Stefan Siedentop ist
Leiter des Instituts
für Raumordnung
und Entwicklungs-
planung (IREUS)
an der Universität
Stuttgart.

**Herzinfarkt, Schlaganfall
und Bluthochdruck:**
www.seniorenfit.de/tl



Europawahl rückt in den Fokus:

EUROPA braucht mündige Bürger

Positionen, Argumente, Strategien ... was in Deutschland mit dem Blick auf den kommenden Bundestagswahlkampf (nicht nur politische) Köpfe rauchen lässt, gilt auch für die Europäische Senioren Union (ESU) im Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament in gut einem Jahr.

Wenn dieses Heft erscheint, wird sich das Exekutivkomitee – Mitte Februar – mit Angela Merkel getroffen haben. Es war ihr Wunsch, nach 2008 – auf dem ersten Höhepunkt der Eurokrise – gerade jetzt mit den Mandatsträgern der Seniorenverbände Europas erneut zusammenzutreffen. Diesmal hieß das Thema „MEHR EUROPA aus der Sicht der Stärkung des Europäischen Parlaments“. Hinter dieser etwas ungelassenen Formulierung steckt das Bemühen, den Abgeordneten in Brüssel und Straßburg mehr Einfluss auf die Zukunft Europas zu verschaffen. Die ESU findet sich mit dieser Forderung in gutem Einvernehmen mit allen, die dem Parlament im Gefüge der europäischen Institutionen größeren Spielraum, also mehr Gestaltungsmöglichkeiten, zutrauen und einfordern.

Die von ihren Landsleuten nominierten und gewählten Abgeordneten wissen am besten, was zu Hause gedacht und gefordert wird. Also müssen ihnen künftig auch mehr Verständnis und Durchsetzungsmöglichkeit für ihre Gesetzesinitiativen verschafft werden. Für Vorhaben, die Europa stärken und zugleich das Bewusstsein für die Heimatregion festigen. Führen wir nicht gern den Begriff „Subsidiarität“ aus der kath. Soziallehre im Mund, und kam nicht selbst Papst Benedikt XVI. in seiner

ersten Enzyklika 2005 auf dieses Prinzip wohlwollend zu sprechen? Was auf der unteren Ebene geschehen kann, sollte dort erledigt werden!

ESU-Präsident Dr. Bernhard Worms ist seit langem ein Verfechter dieses Prinzips, und er spricht sich immer wieder für die Pflege der nationalen Eigenheiten, Kulturen, konfessionellen Traditionen und Sprachen aus. Mit der fortschreitenden Reduzierung auf das Englische im Brüsseler Europabetrieb wird er sich nie abfinden. Dass es 23 anerkannte Amtssprachen der EU gibt, ist bei Verlautbarungen kaum noch wahrnehmbar. Selbst Abgeordnete mit Deutsch als Muttersprache publizieren und kommunizieren mit ihren Wählern von Brüssel aus vor allem in den beiden weiteren „Arbeitsprachen“ Englisch und Französisch. Freilich: Professionelle Übersetzungen sind teuer und belasten die Etats beträchtlich. Auch die ESU hat damit ihre liebe Not. Doch hält es die ESU seit 1995 so, dass sich die Mitgliedsorganisationen gut aufgehoben fühlen sollen. Dazu zählt, dass sich ihre Vertreter bei zentralen Begegnungen in der Muttersprache oder einer der drei genannten „Arbeitssprachen“ zu Wort melden können. Zuweilen müssen „Flüsterübersetzer“ ran, um Fremdsprachenunkundigen das Verständnis der Vorgänge zu erleichtern.

Eine gute Atmosphäre bei Regionalkonferenzen (22./23. April in Barcelona; 6./8. August in Turku), der traditionellen „Sommerakademie in Wien“ (7./9. Juli) und erst recht beim Wahlkongress (8./9. November in Brüssel) zahlt sich dann auch vor Ort aus. Vor Ort? Das sind die Wirkungsbereiche der kleinen oder größeren Gruppen politisch engagierter älterer Bürger, die sich der ESU angeschlossen haben. Es sind derzeit 36 Verbände in 25 Ländern. Denen ist es mit dem Anliegen des „Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bür-

ger 2013“ ernst: sich und andere über die Rechte und Pflichten als Unionsbürger zu informieren, davon Gebrauch zu machen und neue Bedürfnisse zu artikulieren.

„MEHR EUROPA“, wie es Angelika Merkel im In- und Ausland nicht müde wird zu fordern, schließt ein, die 500 Millionen Bewohner unseres Kontinents als mündige, selbstbewusste Bürger an der Gestaltung ihrer Zukunft zu beteiligen. Alt und Jung, Frauen wie Männer, Alteingesessene wie auch die Zuwanderer, die häufig bei der Übersiedlung ihr Leben aufs Spiel setzen und nach glücklicher Flucht all ihre Hoffnung auf Europa setzen – sie alle verdienen ihre Chance – in Europa!

Nach meiner Überzeugung gilt: Wer in Booten auf dem Mittelmeer das Schlimmste riskiert, muss mit Hilfe rechnen können. Das verlangt die Wahrung der Menschenwürde und der Menschenrechte jedes Einzelnen. Dass diese von jeder europäischen Verfassung garantiert wird, darf keinen beruhigen. So wichtig im politischen Leben der Abgeordnete aller Ebenen ist, der Respekt verdient und zu Recht (wieder)gewählt werden möchte: Es sind alle mündigen Bürger aufgefordert, besonders Hilfsbedürftigen brüderlich beizustehen und zugleich die europäischen Institutionen an ihre Grundpflichten (die Sorgen um die Bürger) zu erinnern. Europa darf in Zukunft keinen mehr enttäuschen, wenn es eine Schicksalsgemeinschaft, mehr noch eine Wertegemeinschaft, sein will.

Die Sanierung unserer gemeinsamen Währung ist die Voraussetzung für erfolgversprechendes Angehen vieler neuer Herausforderungen. Die in der ESU beheimateten Seniorenverbände werden im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ daran mitwirken. ■

Ulrich Winz

bis zu 95 Prozent sind Pelletheizungen höchst effizient. Ein genormter Ascheanteil von 0,7 Prozent befreit vom häufigen Leeren des Aschekastens.

Gemütlich

Ökologisch

Versorgungssicher

Holz ist ein nachwachsender, heimischer Brennstoff. Er schafft regionale Arbeitsplätze und Unabhängigkeit von knappen fossilen Energieträgern aus dem Ausland. 1713 wurde in Deutschlands Wäldern erstmals das Prinzip der Nachhaltigkeit beschrieben. Aufgrund der hieraus resultierenden strengen Forstgesetze nehmen Waldflächen und Holzvorräte in Deutschland kontinuierlich zu und bieten eine gute Grundlage für die – europaweit – höchste Pelletproduktion bei uns. ■

prämie“ für alte fossile Heizungen bis zur Leistungsstufe von 100 Kilowatt (kW), also für Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser (Details: www.bafa.de). In Verbindung mit den günstigen Preisen für Pellets rentiert sich eine Pelletheizung schon nach wenigen Jahren.

Insbesondere in Einfamilienhäusern, die vorher mit Heizöl geheizt wurden, ist der Umstieg auf Holzpellets einfach. In der Regel kann der alte Heizölraum in ein Pelletlager umgerüstet werden – am besten mit einem anschlussfertigen Gewebesilo samt Fördereinrichtung. Aber auch, wer vorher mit Gas oder Strom geheizt hat, sollte sich von einem qualifizierten Heizungsbauer beraten lassen, wie Pellets eingesetzt werden können (Adressen per Postleitzahl-Suche: www.pelletfachbetrieb.de).

Moderne Pelletheizungen zeichnen sich durch einen hohen Bedienkomfort aus und stehen Öl- und Gasheizungen in nichts nach – ein vollautomatisches Fördersystem sorgt für einen reibungslosen Verbrennungsprozess. Dank seiner hohen Energiedichte benötigt der homogene Brennstoff ein geringeres Lagervolumen als andere Holzbrennstoffe (Scheitholz und Hackschnittel). Mit einem Wirkungsgrad von



Vom Ehegatten- zum Familiensplitting?

Was aus dem Grundgesetz für die Unterstützung bzw. Institutionalisierung von Partnerschaften folgt ...



Ausgangspunkt dieses Beitrages ist Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG): „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Es stellt sich die Frage nach der „Ratio“, dem Sinngehalt dieser Verfassungsnorm. Sexuelle Befriedigung oder erotisches Glück können das im freiheitlichen Staat nicht sein, denn solange Rechte anderer nicht gestört, überfordert oder verletzt werden, bleiben gerade in diesem Staat sexuelle Befriedigung und erotisches Glück Privatsache, um die sich der Staat nicht kümmert.

Der Sinngehalt erschließt sich vielmehr, wenn man mit dem langjährigen Bundesverfassungsrichter und Heidelberger Staatsrechtler Paul Kirchhof erkennt, wie in Art. 6 des Grundgesetzes Ehe und Familie „miteinander verschränkt“ sind. Ehe ist demnach nicht ohne ihre Bedeutung für die Familie zu betrachten, Familie nicht ohne die Ehe als ihre normative Basis. Mit anderen Worten: Familie hat normalerweise Ehe zur Voraussetzung. Art. 6 GG steht damit übrigens in Übereinstimmung mit den Rechtsordnungen aller bekannten Kulturen, so unterschiedlich diese im Einzelnen auch ausgestaltet sein mögen. Es ist zunächst der generative Fortbestand der jeweiligen Gruppe, im modernen Verfassungsstaat des Staatsvolkes, der Ehe und

Familie rechtserheblich macht. Es ist ferner die Sicherung möglichst verlässlicher und der Zuordnung der Einzelnen zueinander an der Basis der Gesellschaft dienlicher Strukturen, die die Ratio derartigen Interesses des freiheitlichen Staates an solchen Ausprägungen menschlichen Zusammenlebens bildet. Insofern muss Abs. 1 des Art. 6 GG mit dessen Abs. 2 Satz 1 zusammengelesen werden. Das natürliche Recht der Eltern und die ihnen obliegende Pflicht, die Kinder zu pflegen und zu erziehen, benötigen einen allgemeinverbindlichen Ordnungsrahmen: Wer hat wem gegenüber die genannten Rechte und Pflichten? Ohne dass dies ausdrücklich in Art. 6 GG statuiert ist, gilt das auch für die Sorge für gebrechlich gewordene ältere Menschen – durch den Ordnungsrahmen von Ehe und Familie ist auch diese verbindlich gewährleistet. Solches bleibt selbstverständlich auch im fortentwickelten Sozialstaat mit seinen kollektiven Sorgeinstituten unverzichtbar.

Einer besonderen Betrachtung bedürfen nun Lebensformen, bei denen eine der beiden Komponenten „Ehe“ oder „Familie“ fehlt.

Da ist zunächst der allein erziehende Elternteil mit Kind: Hier ist familiäres Zusammenleben gegeben, aber keine Ehe. Solche schicksalhaften Situationen, sei es infolge außerehelicher Mutterschaft, sei es durch den frühen Tod eines Ehepartners, hat es schon immer und überall gegeben. In früheren Rechtsordnungen versuchte der Staat, die damit verbundenen Defizite durch hoheitliche Eingriffe der unterschiedlichsten Art zu beheben. Dem freiheitlichen Staat verbietet sich das. Hier bleibt nur, insbesondere im Interesse des Kindes und dessen nicht zu schmälender Rechte, diese Defizite in Kauf zu nehmen

und durch sozialstaatliche Angebote eine ggf. nötige besondere Förderung des Kindes sicherzustellen. Gleichwohl ist der Staat auch gehalten, Willkürakte gegenüber dem Kind zu verhindern.

Bei bewusst unverheiratet bleibenden Eltern mit Kindern verzichten die Eltern auf jene Stabilisierung von Familie, die mit der Ehe gegeben ist: Ob man zusammenbleibt oder nicht, ist dem rein privaten Entscheid der Partner überlassen, die diesen gerade ohne jede Rechenschaft vor der staatlichen Gemeinschaft fällen wollen. Damit entziehen sie sich insoweit selbst jenem besonderen Schutz, den Art. 6 zusagt. Dass die aus einer solchen Verbindung hervorgegangenen Kinder daraus keinen Nachteil erleiden dürfen, gilt hier freilich ebenso wie bei den Alleinerziehenden.

Anders als in den vorgenannten Fallgruppen fehlt es bei den kinderlos bleibenden Ehepaaren umgekehrt an der Komponente „Familie“. Die Kinderlosigkeit kann schicksalhaft biologisch oder willkürlich verursacht sein. Die katholische Kirche hält in Konsequenz der gegenseitigen Verschränkung von Ehe und Familie Ehen für ungültig geschlossen, wenn die Partner Nachwuchs von vornherein durch eigenen Willensentschluss ausschließen. Diese Konsequenz ist dem freiheitlichen Staat verschlossen, da er im Unterschied zur Kirche keine umfassende Ethik-Kompetenz für sich in Anspruch nehmen kann. Eine schicksalhaft und nur zum Leidwesen des betroffenen Ehepaares kinderlos bleibende Ehe vom Schutz des Art. 6 GG auszunehmen erscheint grob unbillig. So bleibt dem Staat nur, Kinderlosigkeit generell nicht zu beachten, wenn es um die Ausgestaltung des besonderen Schutzes der Ehe geht, der eigentlich um der Familie willen statuiert ist. Zudem gibt es in



Der Autor: **Bernhard Mihm**, Jurist und ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Frankfurt am Main, ist Vorsitzender des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe der Senioren-Union.

zahlreichen Fällen kinderlose Ehepaare, die familiäre Pflichten erfüllen, etwa gebrechlich gewordenen Eltern und Schwiegereltern gegenüber.

Anders steht es um Lebenspartnerschaften, die nicht nur im Einzelfall, sondern nach ihrer Art und Natur die generative Funktion der auf Bildung einer Familie ausgerichteten Ehe nicht zu erfüllen in der Lage sind. Das sind neben anderen die derzeit besonders intensiv diskutierten (eingetragenen) Lebenspartnerschaften von Homosexuellen. Auch die Pflege und Erziehung von Kindern im Sinne von Art. 6 Abs. 2 GG sind dort allenfalls eingeengt möglich, selbst bei allem guten Willen im Einzelfall. Hirnforschung, Sozialpädiatrie, Psychologie und Pädagogik haben die grundsätzliche Unentbehrlichkeit der Bipolarität Mutter/Vater für die Entwicklung eines Kindes herausgearbeitet. Was bei Alleinerziehenden schicksalhaft hingenommen werden muss, darf deshalb noch lange nicht zugunsten homosexueller Paare künstlich konstruiert werden. Wenn Art. 6 Abs. 1 GG nicht nur vom Schutz, sondern vom „besonderen Schutz“ von Ehe und Familie

spricht, so folgt daraus, dass die staatliche Ordnung einen Abstand beachten muss, der bestehen bleibt, wenn sie anderen Lebenspartnerschaften dieselben Rechte oder Vorrechte einräumt, die zunächst der Ehe zustehen. Hier hat der Staat gewiss einen Gestaltungsspielraum, insgesamt aber darf er diese sonstigen Lebenspartnerschaften

„Ehe ist nicht ohne ihre Bedeutung für die Familie zu betrachten, Familie nicht ohne die Ehe als ihre normative Basis.“

der Ehe nicht derart angleichen oder die Institution der Ehe nicht derart aushöhlen, dass ein nur mehr unbedeutender Unterschied in der rechtlichen Ausgestaltung oder der Gestaltung der Rechtsfolgen bleibt.

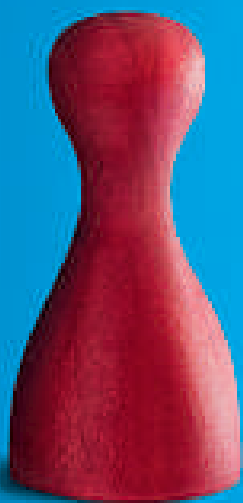
Daraus ergibt sich dreierlei:

1. Das Ehegattensplitting entspricht der Ratio von Art. 6 Abs. 1 GG. Ganz unabhängig von der schicksalhaften Ausgestaltung im Einzelfall ist Ehe auf Familie hin gerichtet.
2. Ein das Ehegattensplitting nicht etwa ersetzendes, sondern dieses ergänzendes

Familien splitting wäre eine höchst sinnvolle Weiterentwicklung im Sinne des besonderen Schutzes von Ehe und Familie.

3. Nach den bereits erfolgten Angleichungen des Rechtes der (eingetragenen) homosexuellen Lebenspartnerschaften an das der Ehe sind weitere Angleichungen höchst bedenklich im Blick auf das Abstandsgebot, das aus der Qualifizierung des Schutzes von Ehe und Familie in Art. 6 Abs. 1 GG als eines „besonderen Schutzes“ folgt.

Der Gleichheitssatz des Artikels 3 Abs. 1 GG steht dem nicht entgegen. Die geistesgeschichtliche Verortung des Grundgesetzes verbietet die Interpretation dieser Verfassungsnorm als absoluter Gleichheit im Sinne einer „Gleichmacherei“. Sie greift auf, was der griechische Philosoph Aristoteles als „Gerechtigkeitsgleichheit“ herausgearbeitet hat und was in die eingängige Formel gekleidet werden kann: „Gleiches muss gleich, Ungleiches muss ungleich behandelt werden.“ Das schließt jede Diskriminierung aus, in derselben Weise aber, alles gedankenlos in einen Topf zu werfen. ■



**Lassen Sie doch mal
wieder die Kinder
gewinnen – mit Ihrer
Pflege-Zusatzversicherung**

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Dann müssen unsere Kinder für die Rechnung der Eltern geradestehen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de


Verband der Privaten
Krankenversicherung

HausRheinsberg Hotel am See

Barrierefreie Erholung

Fit bleiben, wohlfühlen,
einfach ein Stück
Lebensqualität genießen



Die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin verwirklichte mit dem HausRheinsberg Hotel am See ein durchgängig barrierefreies Hotel, in dem Menschen mit Behinderung, ihre Partner und Freunde gemeinsam Urlaub machen können. Seit 12 Jahren ist das Vier-Sterne-Hotel – nur wenige Meter neben dem Rheinsberger Schloss und seinen herrlichen Parkanlagen gelegen – deutschlandweit ein Vorbild für barrierefreien Tourismus. Wer sich im Urlaub gerne bewegt und schöne Landschaft, Hotelkomfort und gutes Essen mag, der ist hier richtig.

Ankommen und gleich sorglos Urlaub machen

„Sich erholen, sich erproben“, ist das Motto des Hauses, das nur eine Autostunde von Berlin entfernt direkt am idyllischen Grienericksee liegt. Nicht nur Preußenkönige oder Kurt Tucholsky haben sich in das Städtchen und die herrliche Natur verliebt, sondern auch viele Hotelgäste. Barrierefreiheit beginnt für sie bereits bei der Ankunft im Hotel: So ist beispielsweise der Tresen der Rezeption viel niedriger als in anderen Hotels. Das Einchecken findet für Gäste im Rollstuhl bereits auf Augenhöhe statt. Viele, auch sehr spezielle Hilfsmittel, sind kostenlos erhältlich und können bereits vorab besprochen werden, damit eines gewährt ist: ankommen und gleich erholen. Das Hotel verfügt über breite Türen zu den Zimmern und Balkonen – von dort kann man den Blick vom Schlosspark über den See mit Anlegestelle bis in die Ferne der märkischen Seen- und Wälderlandschaft schweifen lassen. Die reizvolle Umgebung bietet viele attraktive

Ausflugsziele: Man kann durch den Schlosspark flanieren, einen Ausflug zur Boltenmühle machen oder eine Bootsfahrt auf dem Grienericksee unternehmen.

Alles unter einem Dach: Wellness, gutes Essen und Kunst

Im Haus findet der Gast alles, was zu einem aktiven und gleichzeitig entspannten Urlaub beiträgt: ein Schwimmbad mit warmem Wasser, eine Dampf- und eine Trockensauna, eine Kegelbahn und viele Sonderaktionen. Die ausgezeichnete Hotelküche serviert saisonale Köstlichkeiten der Region und Spezialitäten aus aller Welt. Auf der Seeterrasse lässt sich die Sonne genießen, in der Bar klingt der Abend bei Cocktails aus. Das Hotel zeigt dauerhaft zeitgenössische Kunst und liegt nahe der Kammeroper Rheinsberg, die im Sommer mit hochkarätigen Klassikkonzerten und Opern von sich reden macht. Selbst auf Kongresse, Seminare und Tagungen ist das Haus optimal vorbereitet.

Beim Aufenthalt garantiert: Wälder und Seen der Mark Brandenburg erkunden

Die Region hat viel zu bieten: Rheinsberg, ein anerkannter Erholungsort, ist das Herz einer traumhaften Landschaft aus über 170 Seen, Flüssen, Kanälen und urwüchsigen Wäldern – ein wahrhaftes Eldorado für eine entspannte Auszeit. Die Rheinsberger Seenkette zählt zu den reizvollsten Urlaubsgebieten Deutschlands. So mancher König, Literat oder Urlauber hat sein Herz in den vergangenen Jahrhunderten an das historische Städtchen verloren. Schon Theodor Fontane beschrieb in seinen „Wanderun-

gen durch die Mark Brandenburg“ die Wohltat, durch Alleen mit uralten Linden zu wandern. Hier begegnen sich Natur und Kultur auf unvergessliche Weise.

HausRheinsberg Impulsgeber für die Region in Sachen barrierefreier Tourismus

Wie barrierefreier Tourismus aussieht, dieses Wissen hat das HausRheinsberg Hotel am See in die Stadt und Region getragen: Am Hotelsteg legt heute ein barrierefreies Hausboot zu Fahrten über den See ab. Viele Geschäftsleute kümmern sich um zugängliche Geschäfte. Der erste barrierefreie Walderlebnispfad Brandenburgs macht die urwüchsige Natur für alle erlebbar. Kilometerlange barrierefreie Rad- und Wanderwege durchziehen die Wald- und Seenlandschaft – ideal für Handbikes und Fahrräder. Manch ein Gast des Hotels hat die Umgebung sogar auf geführten Quad-Touren oder in einem Kanu erkundet. Die einheimische Natur zum Anfassen gibt es im Naturhaus in Menz – ein neues Angebot für Menschen mit Sehbehinderung. Der gesamte Landkreis Ostprignitz-Ruppin profitiert vom barrierefreien Tourismus und zeigt, was möglich ist.

Weitere Informationen und Online-Buchungen: www.hausrheinsberg.de ■

HausRheinsberg gGmbH Hotel am See

Donnersmarckweg 1
16831 Rheinsberg
Tel.: 03 39 31 / 3 44-0
Fax: 03 39 31 / 3 44-5 55
post@hausrheinsberg.de
www.hausrheinsberg.de



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.
Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Rückgrat der Gesellschaft Zur Souverän 4-2012, S. 6ff.

Die Äußerung, die Senioren seien das Rückgrat der Gesellschaft und die Senioren-Union das Rückgrat der Partei, hat mich sehr verwundert und irritiert. Das Rückgrat eines Menschen bildet das zentrale Konstruktionselement des Körpers. Auf ihm lasten alle Körperteile und ohne Rückgrat würde der Korpus in sich zusammensinken. Diese Konstruktion wird auf die Gesellschaft und die Partei übertragen. Das bedeutet, dass die Senioren eine zentrale Rolle für die Gesellschaft spielen, die anderen Menschen gesellschaftlich eher eine Nebenrolle haben. Aber in einer Gesellschaft muss die arbeitende Generation, der im Erwerbsleben aktive Teil der Gesellschaft, die Lasten der Älteren tragen. Von ihr muss der Halt ausgehen, schließlich müssen von den Erwerbstätigen die Renten der Senioren erwirtschaftet und

auch Dienste für die Älteren übernommen werden. ... Selbstverständlich ist die ältere Generation wichtig mit all ihren Erfahrungen und Kompetenzen, von denen die jüngeren Menschen profitieren können. Aber das Rückgrat können nur die Erwerbstätigen bilden, sie dürfen keine Nebenrolle einnehmen, auch politisch nicht. Deshalb ist es auch so wichtig, die jüngeren Menschen für die politische Arbeit zu gewinnen, damit das Rückgrat der Partei auch künftig noch stark genug ist, die politischen Aufgaben zu meistern. ... Bereits heute weisen die Parteien eine ungünstige Altersstruktur auf. ... Der Blick muss verstärkt auf die mittlere, aktive Generation und die zukünftigen Generationen gewandt werden. ...

Johanne Lüttermann-Weinreich,
26802 Moormerland

Initiative der Senioren-Union Zur Souverän 4-2012, S. 23

Die Herausgabe einer 55-Cent-Sonderbriefmarke für unseren ehem. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ist sehr zu begrüßen. Unverständnis muss ich jedoch dahingehend äußern, dass wenige Tage nach Herausgabe dieser Sonderbriefmarke bekannt wurde, dass das Briefporto ab 1. Januar 2013 auf 58 Cent angehoben wird. Hätte nicht gleich diese Briefmarke den Wert von 58 Cent bekommen können? Nur die wenigsten Menschen werden nach dem 1. Januar zusätzlich zu der bisherigen Dr.-Kohl-Briefmarke eine 3 Cent-Briefmarke auf die Briefe kleben. Da muss doch jemand geschlafen haben.

Helmut Krethe,
55276 Oppenheim

SU-Auftritt auf dem Kirchentag:

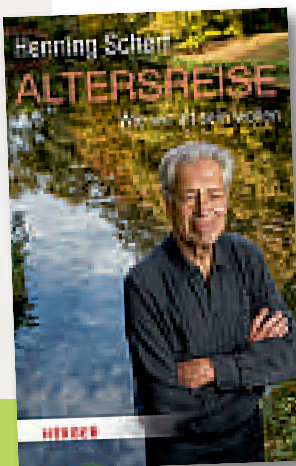
Auf in die Elbmetropole!

Der 34. Evangelische Kirchentag, zu dem über 100.000 Teilnehmer erwartet werden, findet vom 1.-5. Mai 2013 in Hamburg statt. Zum Programm gehört ein „Markt der Möglichkeiten“, auf dem Initiativen, Gruppen oder Organisationen aus Kirche und Gesellschaft ihre Arbeit kreativ darstellen können. Der Markt ist eine der größten Veranstaltungen zur Kommunikation zivilgesellschaftlicher Initiativen in Deutschland. Vom 2.-5. Mai ist deshalb auch die Senioren-Union mit einem Stand in den Messehallen der Elbmetropole vertreten. Die Senioren-Union hofft auf regen Besuch und ebensolche Diskussionen!

Buchtipps:

Altersreise

Wie wollen wir alt sein? Und vor allem: Wie können wir würdig altern? Nicht weggesperrt in Altersilos, sondern gemeinsam mit anderen, mitten in der Gesellschaft? Dass das möglich ist und wie das geht, zeigt Scherf, der sich dafür „vor Ort“ gegeben hat. Zwischen 2010 und 2012 besuchte Henning Scherf insgesamt acht Pflege- und Demenzwohngemeinschaften sowie Mehrgenerationenprojekte. Er hat dort persönlich miterlebt, wie alte Menschen trotz aller körperlichen und geistigen Nöte würdevoll in vertrauter



Umgebung und Gemeinschaft leben. Über seine Begegnungen und Erfahrungen hat er nun ein Buch geschrieben. Darin plädiert er für strukturelle Veränderungen gängiger Pflegekonzepte und stellt Alternativen vor, die weit über das Modell der stationären Vollversorgung hinausreichen.

Henning Scherf: Altersreise – Wie wir alt sein wollen (hrsg. von Uta von Schrenk), Verlag Herder, Freiburg 2013, 224 Seiten, ISBN 978-3-451-30443-9, 19,99 €



Bei den am 03.11.2012 erstmals ausgetragenen Deutschen Meisterschaften im Sechs-Stunden-Lauf war auch der Wülfrather **Walter Brühland** am Start. Brühland ist der Vorsitzende des Ortsverbandes in Wülfrath und ist für die Senioren-Union Wülfrath an den Start gegangen. Er erreichte bei dieser Veranstaltung in Troisdorf bei ständigem Dauerregen den 138. Platz in der Gesamtwertung. Damit kam er in seiner Altersklasse M 65 auf Platz 8.

WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



SCHLOSSHOTEL OTH

Wien erleben - in Baden wohnen

A-2500 BADEN bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: +43/ (0) 2252 / 444 36, Fax 44 900

BADEN BEI WIEN

BADEN BEI WIEN mit seinem milden sonnigen Südklima (vom März bis November), zählt mit seinem gemächlichen Ambiente zu den größten (30.000 Einwohner) und attraktivsten Sommer-Urlaubsorten Österreichs. Sandstrand, Palmen, einer der prächtigsten Rosenparks Europas, größtes Casino unseres Kontinents, Theater, Konzerte, Blumenfeste, malerische Altstadt, bunte Märkte, Wanderungen im Wienerwald, durch Weinberge zum „Heurigen“ (Winzerschenken), u.v.a.m. erwartet Sie, nur 20 km südlich von WIEN!

SCHLOSSHOTEL OTH

„WIEN erleben - in BADEN wohnen“
... ein kleines Stück Paradies zum Wohlfühlen!

Freuen Sie sich auf das „WIEN-Erlebnis-Programm“ vom Schlosshotel Oth!

Abwechslungsreiche Programm-Angebote aus Unterhaltung, Kultur und WIEN-Erlebnis. Persönliches Service & Gäste-Betreuung durch die Hotelier-Familie Oth. Umfangreiche organisatorische Unterstützung für Ihre Reise- und Programmgestaltung, etc. Genau das Richtige z.B. für Ihre besondere **WIEN-REISE mit Freunden!**

SCHLOSSHOTEL OTH - für Sie der „Ideale Ausgangspunkt“ für WIEN und Umgebung!

Für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc. Konzert- und Theaterkarten werden gerne besorgt!

Privat geführtes Urlaubshotel mit mediterranem Flair, romantischem Ambiente, persönlichem Service und gemütlicher Urlaubs-Atmosphäre, so richtig zum Wohlfühlen!

Zimmer hell und freundlich mit großem Balkon, angenehmen Schlafkomfort-Betten, Bad/Dusche, WC, **Gratis W-LAN am Zimmer**, Kabel-TV, Zimmer-Safe, Kühlschrank, etc. Lift, Hausarzt, Garten, A-la-carte-Restaurant, **HALBPENSION** (gerne auch leichte Diät), **FRÜHSTÜCK BIS MITTAG!**

SCHLOSSHOTEL OTH - zentrale ruhige Grün-Lage im Badener Villenviertel, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten **SANDSTRAND-THERMALBAD** (freier Eintritt exklusiv für unsere Gäste!). Bequem zu Fuß zu schönen Wanderungen, zu Winzerschenken, zum Wegerl im Helenental, in die malerische Badener Altstadt zu bunten Märkten, beeindruckenden Parkanlagen mit Konzerten, zu Cafes, Restaurants, Boutiquen, größtem Casino Europas, ...

Direkt ab Schlosshotel Oth: Bequemer „WIEN-City-BUS“:

... direkt nach WIEN-Zentrum / Altstadt / Oper und Wiener U-Bahn (nach Schloss Schönbrunn, Prater, Wiener Messe etc.)
BUS fährt jede Stunde – Rund-um-die-Uhr (Fahrzeit ca. 30 Min!)



Verlangen Sie doch unverbindlich unseren Hotelprospekt und günstige Angebote!

Einfach anrufen unter

Tel: 0043 / 2252 / 44 436

oder E-Mail an hotel@oth.info

www.oth.info/wien-reise

SOUVERÄN - Preis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück **€398,-**
inkl. Halbpension **€ 510,-**
Einzelzimmerzuschlag **70,-**

